

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb. Post-Nr.: 3705.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Insertate
für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 40 A.
Bergnügungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A.
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Schrenppflicht jedes reisenden Kollegen ist, von Cassel, Plauen, Posen u. Schwerin fernzubleiben.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Posen. (Telegr.) Der Streik ist durch Vergleich nach neunwöchiger Dauer beendet. Bezug ist noch fernzuhalten. Dietrich.

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Grünstadt in der Pfalz, Höchst a. M., Neuruppin, Kellheim in Launus, Komarow, Neuenhof, Lilsit (W. Schulz), Burgen (Streil), Gaderleben, Kolberg (Geller & Maack), Aschaffenburg, Glauchau (Schnabel), Halle (Schable), Anklam (Jaschob), Wiesbaden (Morg, Hoffschreiner);
- Tischlern und Maschinenarbeitern nach Mühlborn am Inn und Neusorg (Kempf & Geiger);
- Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Ottersen (Hahne & Witte);
- Gummdrechsler nach Weiskens (Ribe);
- Stuhlbauern, Drechsler und Polierern nach Preussisch Holland (Ohlschlägel & Co.), Neuhausen (Stuhlfabrik G. Seifert);
- Korbmachern nach Corbetha, Drantenburg (Fr. Fehner);
- Drechslern nach Altona (Maack), Gaiuchen; Wehern, Bürsten- und Winkelmachern nach Lauterberg a. S. (Kaufmann).

Rusland.

- Schweden: Von Korbmachern nach Pärstorp (Eisfabrik).
- Schweiz: Von Schreibern nach Bern.
- Oesterreich: Von Schreibern nach Trief.

Die „Fenertausch“ des Schutzverbandes in Cassel.

Seit einigen Jahren hat die Gewerkschaftsbewegung sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß der Streik eine zweischneidige Waffe ist, die nicht nur den Angegriffenen sondern auch den Angreifer verwundet. Die Zeit ist vorüber wo der Streik gewissermaßen als Mittel- und Universalmittel zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen empfohlen und angewandt worden; auch die uraltesten Formen der früheren Streiks haben sich im wesentlichen geändert.

Wozan liegt das? Bedeutet die Einschränkung der Streiks gegen früher eine Schwäche der Arbeiter? Bedeutet sie einen Mangel an Idealismus, oder an Opfermut? Nichts von alledem ist der Fall.

Wo heute in einem Berufe, ohne Vorbereitung, einem augenblicklichen Impulse folgend, Streiks und zwar Angriffsstreiks stattfinden, ist als sicher anzunehmen, daß in diesem Beruf gar keine oder eine ganz unzulängliche Organisation vorhanden ist. Die „wilden“ Streiks sind viel seltener geworden, weil die Organisationen der einzelnen Berufe die Mitglieder gesammelt, sie auf die Folgen unvorbereiteter Streiks, und ganz besonders auf die große Zahl der nicht organisierten Berufskollegen hingewiesen, die unter Umständen — nicht immer aus Bosheit, sondern aus Unkenntnis — den Streikenden in den Rücken fallen und dadurch nicht nur jeden Erfolg illusorisch machen, sondern auch die Organisation moralisch und finanziell schädigen. Alle Organisationen ohne Ausnahme haben auf diesem Gebiete

mehr oder minder recht trübe Erfahrungen gemacht. Eine Besserung ist erst eingetreten mit der Einführung der Organisationen.

Nicht nur zeigte sich, daß die Erfolge viel günstiger für die Streikenden waren, auch die Zahl der Streiks wurde bedeutend geringer. Bessere Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß alle Gewerkschaften ihre Angehörigen verpflichten, möglichst auf gutlichem Wege eine Anerkennung etwaiger gestellter Lohnforderungen zu erlangen, und erst nach ganz ungenügender Berücksichtigung derselben zum letzten Mittel, dem Streik, zu greifen.

Der Holzarbeiterverband konnte in den ersten zehn Jahren seines Bestehens in circa 200 Orten durch friedliche Vereinbarungen Streiks vermeiden und in vielen Orten zwischen seinen Mitgliedern und den Unternehmern Tarife auf kürzere oder längere Zeit abschließen. Freilich waren solche tariflichen Vereinbarungen immer nur lokal begrenzt, d. h. sie gelten nur für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Orte, für welche sie abgeschlossen wurden. Der Holzarbeiterverband hat bereits auf dem Verbandstage in Nürnberg im Jahre 1900 sich für eine zentrale Tarifgemeinschaft ausgesprochen, auch wir haben diesem Gedanken mehrfach Ausdruck gegeben.

Auf die Durchführung einer Tarifgemeinschaft, wie sie zum Beispiel im Buchdruckgewerbe besteht, dürfte in der Holzindustrie in absehbarer Zeit noch nicht gedacht werden können, weil es zunächst noch nicht möglich war, die große Masse der Arbeiter zu organisieren, und weil auf der anderen Seite das Wesen einer Organisation überhaupt noch nicht begriffen worden ist. So lange von dieser Seite aus immer noch der „Herren“standpunkt herausgesehen, und den Arbeitern jedes Recht der Mitwirkung beim Abschluß von Arbeitsverträgen bestritten wird, kann selbstverständlich von Tarifverträgen auf zentralistischer Grundlage nicht die Rede sein.

Daß es so ist, bedauern wir lebhaft, und wir sind überzeugt, auch ein sehr großer Teil der Arbeitgeber, die den gegentwärtigen Kampfaufstand ebenso wie wir recht bald zu Gunsten gemeinsamer, friedlicher Vereinbarungen beiseite setzen möchten. Doch so lange wie die Leiter der Organisationen der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen erklären, mit einer Organisation grundsätzlich nicht zu verhandeln, muß der Kampf in der bisherigen Form weitergeführt werden; wenn sich dadurch die Gegensätze immer mehr zuspitzen, die Stimmung immer gereizter wird, so tragen die Verantwortung dafür jene Herren, die grundsätzlich jede Verhandlung — die allein den dem Gewerbe so notwendigen Frieden bringen könnte — ablehnen.

Unter diesem Zeichen wird auch der Kampf in Cassel, der sich zur Machtfrage zugespielt hat, ausgehtagen werden.

Die Führer des Schutzverbandes der Holzindustriellen versuchen, durch glatte Reden und Rosettenhücheln die Tischlermeister in Cassel und im übrigen Deutschland glauben zu machen, daß der Schutzverband eine mächtige unbestechbare Organisation sei, und doch weiß jeder, der die Gründungsgeschichte und den Entwicklungsgang dieses „mächtigen“ Schutzverbandes kennt, daß ihn lediglich Pfaffen und Versprechungen zusammenhalten. Die Führer geben sich öffentlich den Anschein, als ob sie ein Kampf, wie der in Cassel, gar nicht rühre,

und es ihnen auf die Länge des Kampfes gar nicht ankomme, da je Geld genug da sei.

In Wirklichkeit ist das aber gar nicht der Fall; abgesehen von einigen Tausend Mark, die der große Berliner Macher zusammenschonert, ist ein Fonds — aus dem regelmäßig wöchentlich die nach dem Statut festgesetzte Unterstützung gezahlt werden könnte — gar nicht vorhanden. Aber der Casseler Obermeister weiß sich in solchen Fällen zu helfen. „Meine Herren“, sagt er, „wie ich sehe, geht es Ihnen ja noch ganz gut, ich lese aus Ihren Gesichtern noch nicht, daß Sie streikmüde sind; also fahren Sie so fort, die Sympathie aller deutschen Tischlermeister ist Ihnen sicher. Geld ist ja noch nicht so nötig; wir können ja auch nichts verlangen, da wir erst kurze Zeit dem Schutzverband angehört haben.“ Damit hat er die, welche trotzdem gar nicht wenig Geld gebrauchen könnten, abgewimmelt. Es nißt also nichts, sie müssen warten, bis der Holzarbeiterverband in den „Sand gestreckt ist“, worauf, beiläufig gesagt, die Herren noch lange warten können.

Wenn des öfteren betont wurde, daß seitens der Macher des Schutzverbandes kein Zwang auf die Mitglieder desselben ausgeübt worden sei, diese sich vielmehr aus eigener Ueberzeugung den Lohnforderungen der Gesellen widersetzen, so ist das unwar. In der „Fachzeitung“ wird in der letzten Nummer ausdrücklich zugegeben, daß sie „von oben gedrückt“ worden sind. Ist es doch bekannt, daß man allen denen, welche zu Beginn des Streiks die Forderungen bewilligt hatten, das Weiterarbeiten dadurch unmöglich zu machen suchte, daß man auf die Rohstoffhändler einen Druck dahin ausübte, keinem der Meister, die bewilligt hatten, Material zu liefern, und daß ihnen weiter innerhalb weniger Tage die Rechnungen für bereits erhaltene Materialien, wie Holz, Beschläge etc., zur sofortigen Liquidation gestellt wurden. Den Rohstofffabrikanten ist mit dem Wohlstand gedroht worden, falls sie dennoch an jene Meister liefern würden.

Durch diesen ausgeübten Terrorismus sind die in Frage kommenden Meister gezwungen worden, ihre Bewilligung zurückzuziehen und ihre Werkstätten zu schließen. So sieht die „freiwillige“ Solidarität der Casseler Tischlermeister aus. Diese erzwungene Solidarität führt nach dem eigenen Geständnis der Macher dazu, daß das Tischlergewerbe in Cassel vollends auf den Hund kommt und nur diejenigen Meister noch darauf rechnen können, ihre Selbständigkeit nach Beendigung des Streiks fortzusetzen, die finanziell einigermaßen gut gestellt sind. Wörtlich heißt es in einem Bericht aus Cassel in der „Fachzeitung“, „daß in Zukunft die Werkstätten, die 20—30 Leute beschäftigten, vielleicht 5—6 gebrauchen können“. Hier wird offen zugegeben, daß die Tischlermeister durch den Streik ganz eminent geschädigt, viele von ihnen, und besonders die schlechtgestellten, vollständig ruiniert werden. Diese Tatsache steht fest. Daß man nun den Gesellen gewissermaßen die Schuld dafür ausbürdet, ist eine Sache für sich, die uns hier nicht kümmert. Sie haben das gute Recht, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und sich jedes gesetzlichen Mittels zu bedienen, durch das dieser Zweck erreicht wird. Wenn die Casseler Tischlermeister sich zu der sozialpolitischen Einsicht noch nicht durchgerungen haben, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig und ohne Einschränkung der produktiven Tätigkeit möglich

ist, so können wir ihnen nicht helfen, und müssen sie daher durch Weichen eines schmerzen Lehrgeldes zu dieser Einsicht gebracht werden.

Je länger der Kampf dauert, um so schlimmer für sie. Die Gesellen verlangen man nicht damit grauslich zu machen, daß die Tischlermeister sich „bis zum Oktober präpariert haben“, und daß die Meister Zeit haben, zu warten, bis daß den Gesellen es paßt, wiederzukommen, und wenns „auch bis Ultimo dauert“. Das sind große Worte, die aber gemacht werden müssen auf Kommando des Obermeisters Mahardt in Berlin, der seinem Schußverband in Cassel gern die „Feuertaufe“ geben will. Was würde es auch für einen Eindruck auf den im August in Frankfurt z. M. stattfindenden Tischlerkongress machen, wenn Konstatiert werden müßte, „der Schußverband vermochte den Holzarbeiterverband nicht niederzuzwingen“. Wenigstens muß bis dahin noch mutig ausgehalten werden, schon um dem Begründer des Schußverbandes nicht das Konzept zu seiner Lobrede zu verderben. Ganz originell ist die Behauptung in der „Fachzeitung“, „daß sich schon verschiedene ältere Gesellen ein sicheres Plätzchen vorsehen haben sollen“, in Anbetracht, daß nach dem Streit nur noch ein geringer Teil der Streitenden auf Einstellung zu rechnen haben würde; wörtlich heißt es dann: „von Rechts wegen müßten natürlich dieselben (also die älteren Gesellen) auch bis zum letzten Augenblick bei ihren Kollegen aushalten, aber uns soll es recht sein.“

Natürlich denken weder die älteren noch die jüngeren Kollegen daran, vor offizieller Beendigung des Streiks die „sicheren Plätzchen“ einzunehmen; sie stehen heute, nach dreizehnwöchigem Kampf noch ebenso geschlossen zusammen, wie zu Beginn desselben, und werden auch noch länger auf dem Posten sein. Soll denn nun einmal — wie die Meister es wollen — die Machtfrage in Cassel ausgetragen werden, dann nur zu; ob sie gelöst wird zu Gunsten der Meister, wollen wir unentschieden lassen. Selbst auf die Gefahr hin, daß die Zahl der Arbeitswilligen schon 80 betragen sollte, wie die „Fachzeitung“ berichtet, wird der Holzarbeiterverband noch ruhig den weiteren Verlauf des Kampfes abwarten können.

Er hat nicht nötig, auf seine Beendigung zu drängen, da es ihm an Mitteln nicht fehlt und er sehr gut noch einige solcher Streiks, wie den in Cassel, zu gleicher Zeit führen könnte, wenn es ihm daran läge, dem Schußverband auf dem schnellsten Wege den Garau zu machen. Der Holzarbeiterverband würde sich aber seines besten Agitators berauben, und das wäre für ihn schlimmer als ein verlorener Streik.

Also nur frisch darauf, ihr Herren Mahardt, Kochenbörfer und Genossen; immer kräftig weiter geschnorrt und geklunkert. Der Holzarbeiterverband wird dieser angstschweißtriefenden Arbeit auch ferner mit dem innigsten Wohlbehagen zuschauen, und Ihnen schönen Bertröstungsreden immer das lebhafteste Interesse entgegenbringen; aber die „Feuertaufe“ Ihres Schußverbandes in Cassel „erleiben“ Sie nicht, Herr Mahardt, da müssen Sie schon die ersuchte feierliche Handlung nach einem anderen Ort verlegen und den Termin noch um ein Weilchen weiter hinausschieben.

Der „Erfolg“ ist Ihnen sicher, aber lassen Sie sich die Zeit nicht lang werden. Die streikenden Gesellen in Cassel werden Ihnen schon sagen, wann Ihrer Oberwacherschaft und Ihrem Schußverband in Cassel die letzte Stunde geschlagen hat.

Die Vorbildung unserer Verwaltungsbeamten und Juristen.

Von Brutus.

In den Kreisen der organisierten Arbeiter Deutschlands ist es eine alte Klage, die immer lauter erhoben wird, daß es besonders zwei Gruppen von Menschen sind, die der mächtig aufstrebenden Arbeiterbewegung hindernd in den Weg treten, obwohl bei ihnen das materielle Interesse nicht wie bei dem Unternehmertum direkt in Frage kommt. Es sind dies die Juristen und die Verwaltungsbeamten. Erstere, die sich gern als „Hüter der Gerechtigkeit“ bezeichnen, steuern das Schiffslein der Rechtspflege immer mehr in ein Fahrwasser hinein, in dessen Strudeln die vielgerühmte „Unparteilichkeit des deutschen Richterstandes“ unterfinst, während die Klippen einer besorgenswerten Klassenjustiz stets drohender hervorragen. Letztere, die sich gern als „Stützen des Staates“ bezeichnen, finden ihre Hauptaufgabe darin, den um ihre Existenz kämpfenden Arbeitern durch Schiktamentierung der Organisation und Einengung des Schlichtungsrechts das Leben möglichst sauer zu machen. Juristerei und Verwaltungsapparat lassen schwer auf den Schultern der deutschen Arbeiterbewegung drücken.

Da dürfte es denn für unsere Kollegen von Interesse sein, sich einmal die Brute anzusehen, die die Wage der Ge-

rechtigkeit in Händen halten resp. die Staatsmaschinerie in Gang setzen. Zu dieser Umschau veranlaßt uns eine Debatte, die vor kurzem im preussischen Landtage und Herrenhaus stattgefunden und sich mit der Vorbildung der bestehenden Beamten beschäftigt hat. Die vor heutige Vorbildung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst nichts „taugt“, wie sich der Oberlandesgerichtspräsident Hamm in Köln ausdrückt, ist allgemein bekannt, und da darf es uns nicht wundern, wenn die Regierung den Versuch macht, diese Vorbildung neu zu regeln. Sie hat einige dahingehende Vorschläge gemacht, die nach dem Recepte schmecken: „Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß!“ Und es wird deshalb alles beim alten bleiben. Diese Auffassung wird unterstützt durch eine Aeußerung des Berliner Universitätsprofessors Dr. Schmoller, die er im Herrenhause getan hat. Im Landtage hatte der preussische Minister des Innern, Freiherr von Hammerstein, die „Erziehung“ der Studenten durch die Korps begeistert gelobt. In den Korps wird die echt preussische Schneidigkeit gepflegt und das ist ja die Hauptsache; das Studieren ist Nebensache. Auch trachtet unter den Korpsstudenten, die meistens den feudalen Junkerfamilien entstammen, der Standesdünkel und Kastengeist in geradezu widerlicher Weise. Als Folge davon macht sich denn auch die Vetterwirtschaft und Protektion in den Kreisen der früheren Korpsstudenten breit. Und die Regierung schlägt beide Augen, um diese Korruption nicht sehen zu müssen. Da muß es den Herren von der Regierung denn sehr unangenehm gewesen sein, als ein Fachmann vom Range und der Autorität Schmollers folgendes ausführte:

„Der Hauptschaden an unserer gegenwärtigen akademischen Erziehung, ob Jurist oder Verwaltungsbeamter, der Hauptschaden, der in dem gegenwärtigen Betriebe des Universitätsstudiums und des ersten Examens liegt, wird durch diesen Gesekentwurf nicht verringert werden. Auch heute bleibt die Hauptursache des Schadens, daß weite Kreise der Studierenden der Rechte und der Staatswissenschaften ein, auch zwei Jahre nur bummeln und im dritten Jahre ihren Unterricht nicht durch die Wissenschaft, sondern handwerksmäßig durch den Einpauker belommen. Ich füge gleich hinzu, dieser Uebelstand wird dadurch gesteigert, daß auch für das zweite höhere Examen — der Juristen oder Verwaltungsbeamten — der Einpauker wieder die Hauptsache tun soll und tut. Das ist der Grundübelstand, und wenn der nicht beseitigt wird, so hat alles wenig Zweck. Wenn ich die großen Schäden bedenke, die eine 1½ bis zweijährige reine Bummelerei auf der Universität hervorruft, sollte ich meinen, es wäre nicht so schwer, doch ernstlich in dieser Beziehung zu bessern. Es giebt keinen anderen Stand der Welt, der verlangt, daß er zwei Jahr: faullenzen und bummeln kann. Nicht der Offizier, nicht der Fabrikant, nicht der Kaufmann, nicht der Unternehmer! Auch die Frage, die im Abgeordnetenhause erörtert worden ist, ob wir in der Verwaltung zu viel Korpsstudenten und Ablade haben, hat doch nur eine wirkliche Bedeutung, wenn wir sie in Verbindung mit dem Studium betrachten. Nicht der Korpsstudent an sich wird angegriffen, sondern das, daß er vier oder fünf Semester abgemerkt hat. Das ist der springende Punkt. M. G., ich kenne einen ganzen Sad voll Geschickten. Ich will nur zwei anführen. Ein früherer preussischer Minister des Innern hat sehr häufig, wenn ihm ein Beamter zum ersten Male vorgestellt wurde, ihn zuerst mit der Frage begrüßt: In welchem Korps waren Sie? Er hat nicht gefragt, wo haben Sie studiert, sondern nur, in welchem Korps waren Sie! Ein Herr, den er so fragte, hat ihm ohne weiteres stolz geantwortet: Ich war in gar keinem Korps! Aber für viele ist das doch etwas unangenehm! Für viele Eltern entsteht die Frage, muß ich meinen Jungen in ein Korps schicken, damit er Karriere macht? Das ist eine natürliche Folge derartiger Fragen! Ein anderer preussischer Minister des Innern war bei einer Weichselüberschwemmung in das Ueberfluthungsgebiet gegangen. Es wurden ihm sechs oder zehn Referendare oder Assessoren vorgestellt, die sich mit Lebensgefahr an den Rettungsarbeiten beteiligt hatten. Man erwartete, daß sich der Minister über ihre kühnen Leistungen Lobens äußern werde. Er soll aber die Einzelnen nur nach ihrem Korps und ihren Schmissen gefragt haben. Und das wurde in den weitesten Kreisen erzählt. Ich bin überzeugt, daß sehr vielen jungen Leuten die Korps eine gute Erziehung geben. Aber ich möchte doch im öffentlichen Dienst Leute sehen, die von Jugend auf eine gute Erziehung genossen haben, und das sind die, die etwas gelernt haben. Und wir Professoren können wohl versichern — ich glaube kaum, daß mir ein Dozent einer deutschen Universität widersprechen wird —, so wie die Dinge liegen, sehen wir die Korpsburschen am allerwenigsten in den Vorlesungen und noch weniger in den Seminaren. Das ist eben die Kehrseite!“

Daß Professor Schmoller Recht hat mit seiner Kritik, wird von jedem Kenner der einschlägigen Verhältnisse, der

unparteiisch urteilt, zugegeben. Neuerdings hat ein Mitglied des Juristenstandes selbst sich zu dem Thema von der Vorbildung seiner Berufsgenossen geäußert, und zwar ist dies geschähen in der ältesten und angesehensten konservativen Fachschrift „Die Rechtshoten“, wodurch seine Worte ein um so größeres Gewicht bekommen. Der Verfasser stellt es zunächst als unbestreitbar hin, „daß sich in immer steigendem Maße ein Gefühl der Unbehaglichkeit und Unzufriedenheit in Bezug auf unsere Rechtspflege und Verwaltung Bahn gebrochen und überhand genommen hat, und zwar keineswegs nur in den Kreisen der grundsätzlichen Opposition, sondern auch in den Kreisen der Eingeweihten, in denen man nur mühsam die schwere Sorge verbergen kann. Namentlich in den letzten Jahren haben die deutsche Rechtspflege und ihre besten Träger in Parlament und Presse, in öffentlichen Reden und in heimlichem Murren mancherlei Wortwürfe und tadelnde Urteile anhören müssen und haben ihnen nichts anderes entgegenzusetzen gewußt, als etliche phrasenhafte Zurückweisungen, die um so inhaltsärmer waren, je hochtrabender sie klangen, und um so weniger überzeugten, je höher die Stelle war, von der sie ausgingen. Auch die Regierung scheint Rechtspflege und Verwaltung nicht auf der Höhe zu finden, auf der sie stehen sollten, und man will nimmehr festzustellen suchen, ob die Schuld an dem mangelhaften Funktionieren des ganzen Apparates mehr dessen Fehlerhaftigkeit zuzuschreiben ist oder der Ungeeignetheit der Personen, denen die Handhabung dieses Apparates anvertraut ist.“ Der Verfasser will einen Beitrag zur Klärung der tatsächlichen Verhältnisse liefern und zunächst die Frage beantworten: Wer widmet sich heutzutage der juristischen Laufbahn?

Derjenige, so antwortet der Fachmann, wird Jurist, der für kein anderes Studium Interesse hat und wohlhabend genug ist, lange Jahre hindurch ohne genügenden eigenen Verdienst leben zu können. Während ein angehender Student, der sich dem Berufe eines Arztes, eines Lehrers, eines Technikers, eines Geistlichen usw. widmen will, wenigstens eine gewisse Ahnung hat von der wissenschaftlichen Bedeutung des Studiums, das er ergreifen will, fehlt dies dem angehenden Juristen fast völlig. Denn woher sollte er eine Vorstellung haben von der Tätigkeit eines Richters oder eines Verwaltungsbeamten, da er — zu seinem Glück — noch niemals mit Gerichten oder Beförden zu tun gehabt hat? Das Einzige, was einen Jüngling zum Studium der Jurisprudenz verlocken kann, ist die Aussicht auf die Stellung, die er als Jurist im späteren Leben einnehmen wird, also nicht das innere Interesse, sondern das nackte Strebertum. „Das sind die Streber vom reinsten Wasser“, sagt unser Gewährsmann, „die Leute, die es nach Glanz und Macht gelüftet und denen die Laufbahn des Juristen der geeignetste Weg zur Erreichung dieses Zieles zu sein scheint. Es ist sehr bitter, es aussprechen zu müssen, aber es ist leider wahr, daß man in keinem Berufe, der akademische Vorbildung verlangt, selbst nicht bei den Theologen, so viele Leute trifft, die jedes höheren geistigen Interesses und sogar des Interesses für ihre eigene Berufstätigkeit so vollständig ermangeln, wie bei den Juristen.“ Es sind also, kurz gesagt, Leute, die in der Wahl ihrer Eltern sehr vorichtig gewesen sind und die es zu einer angesehenen Stellung im Leben bringen wollen. Daher erklärt sich denn auch die Minderwertigkeit des Menschenmaterials, das sich dazu berufen erachtet, die Staatsmaschinerie im Gange zu halten und der Göttin der Gerechtigkeit zu dienen.

„Ueber die Art und Weise, wie die meisten Juristen ihr Studium betreiben“, so fährt der Verfasser fort, „ist schon so oft und von so berufenen Seiten gesagt worden, daß ich es mir versagen darf, im Einzelnen darauf einzugehen. Aus eigener mannigfacher Beobachtung kann ich bestätigen, daß die Schilderungen, wie sie z. B. der verstorbene Staatsminister von Basse wiederholt als Grundlage ernstlicher Mahnungen hat in die Defensivität gelangen lassen, durchaus der Wirklichkeit entsprechen. Es ist eine Tatsache, daß durchschnitlich in keiner Fakultät so wenig studiert wird und auch zur Erreichung des äußeren Studienzwecks so wenig studiert zu werden braucht, wie in der juristischen. Es ist ferner eine Tatsache, daß Leute, die vier Halbjahre glatt verbummelt haben, nachdem sie sich ein Jahr hindurch haben etwas einpaufen lassen, in das Referendarexamen einsteigen und es ganz gut bestehen, und es ist endlich eine Tatsache, daß die Mehrzahl der in den letzten zwanzig Jahren ins Amt getretenen Juristen nicht viel mehr als diese eben geschilderte Vorbildung genossen hat.“ Es genügt augenscheinlich diesen zukünftigen Hütern der Gerechtigkeit und Lenkern des Staates, den flotten Bruder Studio zu spielen, einem noblen Korps beizutreten, sich ein paar Brocken einpaufen zu lassen und das Uebrige dem Schicksal anheimzugeben. Kann es da Wunder nehmen, wenn ein Jurist oder Verwaltungsbeamter mit solch mangelhafter Vorbildung zeitweilig ein Stümper bleibt? Er wird natürlich mit der Zeit dahin gelangen, wenn er nicht allzu plump ist,

sich einige mechanische Fertigkeiten anzueignen, aber er wird nie begreifen lernen, wo in Wahrheit den deutschen Bürger der Schuh drückt; er wird mit der Zeit allerlei spießindige pilante Bräuen anzurichten lernen, aber das Volk, das die ihm eingebrachte Suppe auslöffeln muß, wird seufzen über die Subellücke, die ihm solche Gerichte vorsetzt, anstatt seinem Rechtsgefühl nahehafte Kost zu bieten. „Ich will darauf verzichten“, schließt unser Gewährsmann, „auch nur in flüchtigen Umriffen die unendlich vielen Mißgriffe, Fehlentscheidungen und Uebelstände zu schildern, die seit Jahren die Aufmerksamkeit der Denkenden und Sorgenden in immer steigendem Maße auf sich gelenkt haben. Der Kenner der Verhältnisse weiß ja, daß jeder etwa der Öffentlichkeit bekannt gewordene Mißgriff eine Unzahl von Geschwistern hat, die genau denselben Tadel verdienen und vielleicht an der Volksseele noch mehr Schaden anrichten, als die berühmten gewordenen Fälle.“ Statt einer weiteren Betrachtung schildert uns der Verfasser mit gutem Humor einige charakteristische Typen aus dem Juristenstande.

„Da ist zunächst der Herr Staatsanwalt, ein Beruf, der den Streibern ganz besonders günstige Aussichten bietet. Sein dienstliches wie außerdienstliches Auftreten ist im höchsten Grade schneidig. Daß er jederzeit der Ansicht seines Vorgesetzten ist, die er vorzüglich zu erraten weiß, ist selbstverständlich. Die Menschheit zerfällt für ihn in zwei große Gruppen: die „tadellose“ Minorität, zu der in erster Reihe er selbst und seine sämtlichen Spezialkollegen, dann der Hof, die Minister und andere sehr hohe Beamten, ferner das Offizierkorps und endlich die Angehörigen der Polizei vom Präsidenten bis zum Nachtwächter gehören — und die andere, die große Menge der samt und sonderst Verdächtigen, unter denen die nachweisbar Schuldigen aufzuspüren seine besondere Pflicht ist. An der Schuld eines von ihm in den Anklagezustand Versetzten zu zweifeln, erscheint ihm als ein Verbrechen am Heiligsten. Sein Stolz ist die hohe Jahresziffer seiner Journalnummern und die große Zahl von Jahren Zuchthaus und Gefängnis, die er bei jeder Schwurgerichtsperiode durchdrückt. Den Weinamen „Der Blutige“, den ihm seine Richterkollegen bisweilen am Viertisch zu kosten geben, weist er mit vornehmer Ruhe, aber innerlich gehoben, von sich. Verlassen wir ihn: der Oberstaatsanwalt oder Landgerichtspräsident ist ihm sicher, vielleicht wird er noch Staatssekretär. . . . Sodann der Herr Richter! Zunächst wird er Amtsrichter, wenn auch nicht, wie er gehofft hatte, in der großen Stadt, sondern irgendwo in der Provinz. Nun kommt es darauf an, was unser Freund für Neigungen hat, wenn er überhaupt welche hat. Die Neigung zur Berufsarbeit fehlt ihm ja von vornherein, aber man richtet sich eben ein. Wozu hat man denn einen alten, erfahrenen Gerichtsfunktionär, der den „ganzen Krempel“ ja viel besser kennt und es so gerr hört, wenn man ihn „Herr Rath“ nennt, ihm möglichst freie Hand läßt und ihm bisweilen eine Zigarre anbietet. Urteile fällt man nicht gern, wegen der Begründung, die man dabei schriftlich festlegen und so eventuell dem kritischen Blick der nächst höheren Instanz aussetzen muß; aber wozu ist denn die köstliche Einrichtung des Vergleichs in der Zivilprozessordnung vorgesehen? Man redet eben den Parteien so lange zu, bis sie „zur Vernunft“ kommen; durch öftere Vertagungen macht man sie müde, so daß sie sich endlich vergleichen. In Schöffensachen ist die Urteilsfällung zwar nicht zu umgehen, indes — wozu hat man denn den Staatsanwalt, an dessen Antrag man sich halten, und die beiden Schöffen, von denen man sich überstimmen lassen kann? Aber wenn die lästigen Amtsgeschäfte in möglichst kurzer Zeit erledigt sind, dann winkt dem Draven für den Rest des Tages die goldene Freiheit. Herz, was liebst du? Den Frühshoppen oder die Jagd, den Stal oder die Rosenzucht, das Sofa oder die Musik? Oder dichstest du gar? Vielleicht bringt die Zukunft eine Verlesung mit sich, vielleicht gar in eine große Stadt. Was man da erst alles treiben kann? Schwärmst du für Kolonien? Hier winkt dir der Vorstoß im Kolonialverein. Liebst du Musik? Dem Streichquartett deiner Kollegen fehlst gerade noch der Cellist. Begeisterst du dich für Sprachreinigung? Deine Untersuchungsgefangenen können ruhig ein paar Wochen länger sitzen, schreibe du nur dem Fremdmörterbüchlein. Liebst du Geselligkeit? Soeben hat der Kasinovorstand sein Amt niedergelegt, die Reihe ist an dir. Auf, bethätige dich! Aber wenn du zu nichts Lust hast, so bleibe zu Hause, ganz wie du willst; dein Amt läuft dir nicht weg, du bist ja unabschätzbar!“

Wenn folchergehalt über das Elend unserer Juristerei von sachkundiger Seite geurteilt wird, da ist es erklärlich, daß in die weitesten Schichten des Volkes die Ueberzeugung dringt von der Notwendigkeit einer Umgestaltung des Justiz- und Verwaltungswesens. Eine gründliche Reform an Haupt und Gliedern wird immer unabweisbarer. Es darf auf die Dauer nicht mehr gebuldet werden, daß unsere Rechtspflege und unser Verwaltungswesen Puschern anvertraut wird, die weder Sachkenntnis noch Berufsfreudigkeit genug be-

sitzen, um ihren Posten genügend ausfüllen zu können. Leute, die auf den Krüden der Protektion ins Amt humpeln und sich nur deshalb darin halten können, weil sie unabsehbar sind, passen nicht zu solchen wichtigen Funktionen, wie es Rechtspflege und Verwaltung nun einmal sind.

Zum Koalitionsrechtskampf in Mühldorf a. Inn.

Schlag auf Schlag laufen die Hiebe, die die Firma Kempf & Geiger dem Deutschen Holzarbeiterverband zu versetzen gedachte, auf den Angreifer zurück. Nicht bloß, daß die gesamte Bevölkerung in Mühldorf aufgebracht ist gegen die Streikbrecher, von denen alle paar Tage eiskalte auf französisch unter Hinterlassung von nicht unbeträchtlichen Schulden verduften, sondern es mußte nun auch der bekannte Betriebsleiter und Oberscharfmacher gegen unseren Verband, Hora, dem Betriebe Valet sagen, ohne den erhofften Lohn für seine Fleiß- und Antreibbarkeit erhalten zu haben. Wir gratulieren den Wiener Kollegen zu diesem Musterexemplar von einem Weisheitsführer, nachdem der Herr den Schauplatz seiner zukünftigen Tätigkeit jenseits der weiß-blauen Grenzpfähle verlegt hat, jedenfalls in der sicheren Ahnung, daß bairische Gemüchlichkeit auch eine Grenze hat. Nachdem nun alles nichts fruchtete, dem Verbands den Garau zu machen, so sollte eine Klage gegen den Gauborsteher A. Rath in München helfen und hatten es der Firma die von diesem unterzeichneten Plakate angetan, welche zur Fernhaltung des Zuguges aufzuredern. Durch einen Münchener Rechtsanwalt aufgefordert, die Plakate einzuziehen, widrigenfalls der Attentäter eingesperrt werden soll, antwortete erklert auf die Aufforderung einfach wie der Teufel Witru dem Kapuziner bei der Teufels-austreibung in Wendung: „I mog not“, und trant noch obenrein ruhig sein Maß Hofbräuhausbier und harzte ruhig der Dinge, die da kommen sollten.

Die Klage lautete auf Eröffnung des Strafverfahrens gegen Ant. Rath wegen § 187 des R.-St.-G.-B., rechtlich zusammenhängend mit einem Vergehen nach § 7 des Reichsgesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes § 187 des R.-St.-G.-B. lautet: „Wer wider besseres Wissen in Beziehung auf einen andern eine unwahre Tatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen oder dessen Kredit zu gefährden geeignet ist, wird wegen verleumdender Beleidigung mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und, wenn die Verleumdung öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangen ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.“ Durch Beschluß des königl. Amtsgerichts München I, Abt. für Strafsachen, wurde das Strafverfahren unterm 26. Juni 1903 eingestellt. Der Beschluß des königl. Amtsgerichts hat nachstehenden Wortlaut:

In der Privatklagesache Kempf, Karl und Geiger, Ludwig, Fabrikbesitzer in Mühldorf a. I., vertreten durch Dr. Ahles, hier, gegen Anton Rath in München wegen Verleumdung wird in Erwägung:

„daß nach Lage der in der Privatklage geschilderten Verhältnisse zwar durch die Verhängung der Sperre über die Firma Kempf & Geiger in Mühldorf a. I. und die Abhaltung des Zuguges von stellensuchenden Schreineren der Betriebe und damit zusammenhängend möglicherweise auch der Kredit der genannten Firma gefährdet worden ist, daß jedoch die in dem vom Beschuldigten unterzeichneten und öffentlich angehängenen Plakate enthaltene Behauptung, der Betrieb ruhe vollständig, bei der gleichzeitigen Aufklärung, die hierüber durch den Hinweis auf den tatsächlich bestehenden Streit gegeben wurde, für sich allein nicht geeignet ist, eine solche Verleumdung und Kreditgefährdung herbeizuführen oder das Ansehen der Privatkläger in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen; daß zudem für die Annahme, der Beschuldigte habe diese Behauptung wider besseres Wissen aufgestellt, jeder Anhaltspunkt fehlt, vielmehr viel näher liegt, anzunehmen, er sei in diesem Sinne von den streikenden Arbeitern unterrichtet worden und habe diesen Mitteilungen Glauben geschenkt, daß sonach weder die Tatbestandsmerkmale eines Vergehens der Verleumdung nach § 187 St.-G.-B., noch die eines Vergehens nach § 7 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes gegeben erscheinen, noch überhaupt eine andere im Wege der Privatklage verfolgbare Straftat des Beschuldigten vorliegt, in Anwendung der §§ 423, 406, 503 St.-P.-O., § 187 St.-G.-B. und § 7 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896 beschließen:

1. Die erhobene Privatklage wird unter Einstellung des Verfahrens zurückgewiesen;
2. die Privatkläger haben die Kosten des Verfahrens zu tragen und die dem Beschuldigten erlassenen notwendigen Auslagen diesem zu erstatten.

München, 26. Juni 1903. gez.: Bemerl.

Mittlerweile dauert der Kampf um Anerkennung des Holzarbeiterverbandes fort und eruchen wie die Kollegen, wie bisher, mit allen Kräften den Zug von Schreineren und Holzgearbeitungsmaschinisten nach Mühldorf a. Inn und Neuforg im Fichtelgebirge fernzuhalten, und zwar so lange, bis der Sieg unser ist.

Zum Verbandstag der Holzarbeiter Oesterreichs.

Es dürfte die deutschen Kollegen gewiß interessieren, zu erfahren, daß in einem der weitest in der Kultur zurückgebliebenen Landesteile der österreichischen Monarchie sich die gewerkschaftliche Organisation im allgemeinen und unter den Tischlern im besonderen zu regen beginnt. Es dürfte bei dem steten Fortschreiten der Erkenntnis unter den Arbeitern, daß nicht von dem Unternehmertum, sondern von dem treuen brüderlichen Zusammenhalten aller Berufskollegen Hilfe zu erwarten ist, — nur noch eine Frage der Zeit sein, daß die deutschen Unternehmer aus den österreichischen Landen keine Herausgeber mehr bekommen werden, die sie gegen die um bessere Lebensbedingungen kämpfenden deutschen Arbeiter auspielen können. Das beweist der nachfolgende Bericht der Tischler Agrams (Kroatien) an den 6. Verbandstag der Holzarbeiter Oesterreichs. Der Bericht lautet:

„Kroatien-Slavonien ist ein Land, das erst kürzlich aus der Phase der patriarchalischen Produktion und der feudalen politischen Einrichtung heraustrat und ökonomisch noch wenig entwickelt ist. Es befindet sich gegenwärtig in der Anfangs-

phase des Ueberganges aus dem Kleingewerblichen in den Großbetrieb. Aus den unentwickelten ökonomischen Verhältnissen erklärt sich auch das unentwickelte politische Leben. Das Volk, unter dem Einflusse einer merkmaligen Intelligenz und unter der Fuchtel einer korrupten und brutalbornierten Regierung stehend, zeigt im größeren Maße noch kein Bewußtsein für die fortschrittlichen und modernen Regungen des Lebens. Dies alles übt auch auf die arbeitende Klasse einen starken Einfluß aus. Größere Massen industriellen Proletariats fehlen überhaupt und die moderne Arbeiterbewegung breitet sich gegenwärtig besonders unter der gewerblichen Arbeiterschaft aus, in der sie auch feste Wurzeln schon gefaßt hat. Nachdem die Bewegung festere Formen annahm, schritten einzelne gewerbliche Branchen an die Organisation der Arbeiter ihrer Kategorie. Bei diesem Bestreben stießen sie auf Widerstand bei der gegenwärtigen Regierung, der die moderne Arbeiterbewegung nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete verhasst ist. Bis jetzt konnte keine einzige gewerkschaftliche Organisation die Bestätigung ihrer Statuten erlangen und konnte auch keine legale Organisation ins Leben gerufen werden. Bei Streiks stellt sich die herrschende Gewalt skrupellos auf die Seite der Ausbeuter und schreitet willkürlich und brutal gegen die Arbeiter ein.

Die politische wie auch gewerkschaftliche Bewegung darf gesetzlich keine festen Normen (Statut), keinen kompakten Zusammenhalt haben. Gestattet ist lediglich, daß die Arbeiter in Versammlungen sich über die wirtschaftlichen und politischen Fragen äußern. Da jedes öffentliche Sammeln verboten und schwer geahndet wird, so werden die Mittel für Streiks z. durch vorsichtig durchgeführte vertrauliche Kollekten aufgebracht.

Sind schon in der Hauptstadt des Landes die Vegetation und die Willkür der Polizei unerträglich, so sind sie in der Provinz einfach ruffisch, selbst für österreichische Verhältnisse unfaßbar.

In diesen allgemeinen Bahnen bewegt sich auch die Bewegung der Tischlerarbeiter. Von einer Holzarbeiterbewegung kann gegenwärtig noch nicht gesprochen werden, da erst die Anfänge einer Bewegung unter den Zimmerern zu bemerken sind.

Die Bewegung unter den Tischlerarbeitern in Agram besteht schon 10 Jahre, doch erst seit zirka 3 Jahren nahm sie festere Formen an und bildete sich eine stärkere und gesündere Grundlage. In dieser Zeit führten die Tischlerarbeiter schon mehrere Kämpfe mit mehr oder weniger Erfolg durch. Verlorenging in dieser Zeit noch kein Streit, und es muß betont werden, daß sich das Massenbewußtsein und die Erkenntnis der Notwendigkeit der Organisation schon befriedigend entwickelt haben. Die Zahl der Massenbewußten Tischlerarbeiter Agrams beträgt 75—80 pSt. der Beschäftigten. Dieselben besitzen nun auch einen ziemlichen Widerstandsfonds, der gegen Häsherhände geschützt ist. Im Vorjahre wurde die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden in allen besseren Werkstätten durchgeführt. Durch frühere Bewegungen erreichte man die regelmäßige Auszahlung am Samstag. Der Durchschnittsverdienst variiert zwischen 16 bis 22 Kronen wöchentlich. Ebenfalls im Vorjahre wurde ein siebenwöchiger Kampf in der hiesigen Möbelfabrik Bothe & Schman durchgeführt und durch Vermittlung der Wiener Organisation mit teilweisem Erfolg beendet. Dieser Kampf kostete der Agramer Arbeiterschaft besonders schwere Opfer und dokumentierte die Kampfesfähigkeit der Agramer Tischlerarbeiter. Gegenwärtig werden besonders die noch nicht regulierte Akkordarbeit und die Verhältnisse in den kleinen Wuden bedrückend empfunden. Eine legale öffentliche Organisation wird infolgedessen schwer vermittelt.

Die Bestrebungen der Agramer Tischlerarbeiter sind nun auf Abstellung der noch herrschenden oben erwähnten Mißstände und die Aufrüttelung und Organisierung der anderen Holzarbeiterbranchen in Agram, sowie der Provinz gerichtet. Der Anfang mit der Organisation wurde in Agram wie erwähnt mit den Zimmerern, und in der Provinz mit der zweitgrößten Stadt des Landes, Esfel, gemacht, woselbst der aus Agram entsendete Vertrauensmann noch am Tage seiner Ankunft verhaftet und nach Agram zurücktransportiert wurde. Es sind jedoch bestimmte Anzeichen vorhanden, daß es in nicht langer Zeit gelingen wird, auch in die Provinz einzudringen.

Die Verhältnisse in der Provinz sind grauenerregende. Wochenlöhne von 3—7 Kronen nebst sehr schlechter Beköstigung und Logis in Hohencharten oder Wanzentisten. Die Arbeitszeit ist trotz der effektiven gesetzlichen Arbeitszeit von 11 Stunden eine unbegrenzte und dauert in der Regel von Sonnenaufgang bis in die späte Nacht hinein, also 14 bis 18 Stunden täglich.

Das Vertrauen der Agramer Tischlerarbeiter, daß trotz aller großen Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten ihre Mühen und Opfer von Erfolg sein werden, ist unerschütterlich. Dieselben hoffen zuversichtlich, daß es ihnen gelingen wird, nicht nur das Bestehende zu erhalten, sondern auch neue Verbesserungen durch ihre wenn auch bescheidene und — sogenannte — illegale Organisation zu erreichen.

Eine große Erleichterung in diesem Bestreben wäre, wenn ein Modus gefunden werden könnte zum engeren Anschlüsse an auswärtige Organisationen, besonders bezüglich einer Regulierung der notwendigen Solidarität mit den berufsverwandten Organisationen.

Mit der allgemeinen Arbeiterbewegung, die nur in letzter Zeit in Kroatien-Slavonien rüstig und kampfesroh vorwärts schreitet, wird es ermöglicht werden, daß auch die Holzarbeiter Kroatien-Slavoniens in nicht allzu langer Zeit ein Glied in der Kette der kampfesfähigen Massenbewußten Organisationen des internationalen Proletariats bilden werden.

Dies in Kürze der Bericht an den Verbandstag der österreichischen Holzarbeiter. Er wird hoffentlich jedem Kollegen die Lage begreiflich machen, in der sich die kroatischen, namentlich aber die Agramer Kollegen befinden, und so manches falsche Vorurteil beseitigen. Und dies ist der Zweck desselben. Das Organisationscomite.

Rundschau.

Eine als Folge der Geschäftskrise eingeführte kürzere Arbeitszeit ist dauernd beibehalten worden. In den Gewerbeinspektions-Berichten findet sich an mehreren Stellen der Nachweis, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit

nicht ohne weiteres Produktionsausfälle verbunden sind, daß vielmehr die menschliche Leistungsfähigkeit proportional der verkürzten Arbeitszeit wächst. So wurde in einer Möbel-fabrik des Regierungsbezirks Frankfurt a. d. O. die neunstündige Arbeitszeit dauernd eingeführt; Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sind damit in gleicher Weise zufrieden, die Leistungsfähigkeit hat sich dadurch nicht merkbar verringert".

Aus dieser Erkenntnis heraus hat auch, wie aus dem Bericht des Gewerbeinspektors für den Bezirk Bochum hervorgeht, die Schreiner-Zwangsinnung sich vom 1. Oktober d. J. ab für den zehnstündigen Magistalarbeitsstag entschieden.

Eine der bedeutendsten Anlagen der Textilindustrie zu Gengenbühlau hat die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, nachdem sich herausgestellt, daß die Produktionshöhe in diesen 10 Stunden nicht hinter derjenigen der früheren 10 1/2 stündigen Betriebsdauer zurückblieb".

In mehreren Textilfabriken des Regierungsbezirks Bielefeld wurde im Frühjahr „vorübergehend“ die Arbeitszeit um zwei bis drei Stunden verkürzt. Ein Unternehmer erreichte durch diese Maßnahme jedoch nicht die beabsichtigte Einschränkung der Erzeugnisse. Die Arbeiterinnen, welche im Accord beschäftigt wurden, leisteten, wie der Gewerbetreibende berichtet, in 8 Stunden ebensoviel wie bisher in 10 Stunden. Um die Produktionsbeschränkung herbeizuführen, sah er sich deshalb veranlaßt, Arbeiterinnen zu kündigen.

Einmal führen die Unternehmer Akkordarbeit ein um die Produktion zu erhöhen, und wenn der Zweck erreicht, d. h. der Beweis erbracht ist, daß durch intensive Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft mit Hilfe des Akkordsystems die Produktion nicht eingeschränkt ist, dann wirkt man einen Teil der Arbeiter aufs Pflaster, weil sie überflüssig geworden sind. Und da wundern sich die Unternehmer noch, wenn die Akkordarbeit nicht überall Anhänger findet.

Die bedeutendsten Anlagen der Textilindustrie zu Gengenbühlau hat die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, nachdem sich herausgestellt, daß die Produktionshöhe in diesen 10 Stunden nicht hinter derjenigen der früheren 10 1/2 stündigen Betriebsdauer zurückblieb".

In mehreren Textilfabriken des Regierungsbezirks Bielefeld wurde im Frühjahr „vorübergehend“ die Arbeitszeit um zwei bis drei Stunden verkürzt. Ein Unternehmer erreichte durch diese Maßnahme jedoch nicht die beabsichtigte Einschränkung der Erzeugnisse. Die Arbeiterinnen, welche im Accord beschäftigt wurden, leisteten, wie der Gewerbetreibende berichtet, in 8 Stunden ebensoviel wie bisher in 10 Stunden. Um die Produktionsbeschränkung herbeizuführen, sah er sich deshalb veranlaßt, Arbeiterinnen zu kündigen.

Einmal führen die Unternehmer Akkordarbeit ein um die Produktion zu erhöhen, und wenn der Zweck erreicht, d. h. der Beweis erbracht ist, daß durch intensive Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft mit Hilfe des Akkordsystems die Produktion nicht eingeschränkt ist, dann wirkt man einen Teil der Arbeiter aufs Pflaster, weil sie überflüssig geworden sind. Und da wundern sich die Unternehmer noch, wenn die Akkordarbeit nicht überall Anhänger findet.

Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts. Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht im Aprilheft seiner amtlichen Nachrichten seinen Geschäftsbericht für 1902. Der Bericht gibt eine gute, wenn naturgemäß auch gedrückte Uebersicht über die Tätigkeit des Amtes. Er ist wieder geteilt in zwei Abschnitte über Unfallversicherung und Invalidenversicherung, und jeder Abschnitt fällt wieder in zwei Abteilungen: Verwaltung und Rechtsprechung.

Es bestanden im Jahre 1902 66 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche, zusammen 114 Berufsgenossenschaften. Ueber die Zahl der versicherten Betriebe und der in ihnen beschäftigten Arbeiter liegen die Zahlen für 1902 noch nicht vor. Es sind deshalb die Zahlen der Rechnungsergebnisse für 1901 eingestellt worden. Hiernach waren in den gewerblichen Berufsgenossenschaften angehörigen Betrieben 8 884 078 Personen beschäftigt und bei den Betrieben der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 11 889 071. Außerdem waren bei Staats- und Kommunalbehörden noch rund 800 000 Personen gegen Unfall versichert. Von den rund 10 Millionen gegen Krankheit versicherten Arbeitern, die doch zum größten Teil in Betrieben beschäftigt sind, die zu gewerblichen Berufsgenossenschaften gehören, sind nur circa 7 1/2 Millionen auch gegen Betriebsunfälle versichert. Hier bleibt der Gesetzgebung noch ein breites Feld zur Bearbeitung.

Das Reichsversicherungsamt ist offenbar im hohen Maße überlastet. Die Zahl der von ihm zu treffenden Entscheidungen über Beschwerden gegen Beitragsfestsetzungen, Einschätzungen in die Klassen des Gefahrenrisikos und vor allem auch die Rekursachen wachsen von Jahr zu Jahr. Die Zahl der unerledigt bleibenden Fälle wird mir jedem Jahre größer, zum Schaden der Beteiligten, bei der Rechtsprechung zum Nachteil der Vermissten der Armen, der Krüppel.

In das Jahr 1902 wurden 1358 Beschwerden in Verwaltungsachen aus dem Jahre 1901 übernommen, am 1. Januar 1903 war die Zahl der unerledigt gebliebenen Beschwerden auf 1750 angewachsen. Unerledigte Rekurse und Anträge waren am 1. Januar 1902 5094 vorhanden, die aus 1901 stammten, am 1. Januar 1903 hatten noch 5902 Rekurse der Erledigung. Wir treten mit diesen Ausführungen in die Einzelheiten des interessanten Geschäftsberichts ein.

Drei gewerbliche Berufsgenossenschaften haben noch keine Unfallverhütungsvorschriften erlassen; zwei hiervon haben allerdings schon der Beschlußfassung unterliegende Entwürfe eingereicht. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist die Sache noch trauriger. Auf der Konferenz der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Rübigen ist nun eine Kommission gewählt worden, die unter Zuziehung von landwirtschaftlichen Sachverständigen und Vertretern des Reichsversicherungsamtes Normalvorschriften auszuarbeiten soll. Die Unfallverhütungsvorschriften der Seeverberufsgenossenschaft sind in zahlreichen Punkten ergänzt und dann genehmigt worden. Bei 49 Berufsgenossenschaften sind 134 technische Aufsichtsbeamte angestellt; über ihre Tätigkeit ist dem Bericht wenig zu entnehmen.

Von dem Rechte, für Unfallverletzte während der ersten 13 Wochen das Heilversahren zu übernehmen, haben in den Jahren 1899, 1900 und 1901 59 bezw. 57 bezw. 62 gewerbliche und 32 bezw. 30 bezw. 32 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften Gebrauch gemacht. Im Jahre 1901 wurden 11 437 Fälle übernommen. Das Ergebnis wird in 10 527 Fällen als günstig und in 883 als ungünstig bezeichnet. An Kosten mußten rund M 746 000 aufgewendet werden, wovon von den Krankenkassen rund M 128 000 erstattet wurden.

Für die Duffeldorter Industrie- und Gewerbeausstellung hat das Reichsversicherungsamt drei statistisch-graphische Tafeln geliefert und eine ausgewählte Bibliothek zusammengestellt. Drei Mitglieder des Reichsversicherungsamtes haben auch an den von der Zentralkommission der Krankenkassen von Berlin veranstalteten hygienischen Vortragskursen mitgewirkt. Wir erfahren aus dem Bericht weiter, daß sich das Reichsversicherungsamt zwecks Erleichterung der Rentenauszahlungen mit den Zentral-Postbehörden in Verbindung gesetzt hat; hauptsächlich ist beabsichtigt, die Rentenzahlungen auch an Sonn- und Feiertagen zu erreichen. Die Verhandlungen haben bisher leider noch kein Resultat gezeitigt. Die bisher in den „Amtlichen Nachrichten“ veröffentlichten 60 Obergutachten sollen gesammelt als Beilage erscheinen, und zwar in aller nächster Zeit.

Die Gesamtbearbeitung der Statistik der Unfallversicherung für die Zeit bis einschließlich 1902 ist noch hin-

ausgeschoben, weil die genauen, im Herbst 1903 erscheinenden Ergebnisse für 1902 abgewartet werden sollen. Vom 1. Januar 1903 ab sind für die Aufstellung der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften neue Formulare in Verwendung. Die vom Reichsversicherungsamt selbst als erstrebenswert bezeichneten Verbesserungen (Gliederung der Versicherten und Verletzten nach Geschlecht, Alter, Arbeitsbeschäftigung usw.) werden aber auch die neuen Formulare nicht bringen. Die hierdurch den Versicherungsträgern und den Betriebsleitungen erwachsenden Arbeiten sollen so große sein, daß sie ihnen nicht zugemutet werden können. Bemerkenswert ist noch, daß die Zahl der von Arbeitern eingereichten Beschwerden ziemlich hoch ist; auch in Krankenversicherungsachen gelangten zahlreiche Beschwerden an das Reichsversicherungsamt, denen das Amt natürlich wegen Anzuständigkeit nicht abhelfen konnte.

Groß war wieder die Zahl der zur Anmeldung gelangten Unfälle, nämlich 488 706, im Jahre 1901 waren es nur 478 446. 120 856 Unfälle wurden zum ersten Male entschädigt, im Vorjahre 117 186. An Renten wurden 1902 nach vorläufiger Feststellung 107 1/2 Millionen Mark ausbezahlt (1901 99 1/2 Millionen), welche Summe sich auf 689 281 (686 596) Verletzte, 57 716 (53 481) Witwen, 90 778 Kinder und Enkel von Getöteten, 3326 Waisenkindern und auf rund 45 000 Angehörige solcher Verletzter, die in Heilanstalten unerreicht waren, im ganzen auf 884 588 Personen verteilte. Die größte Zahl der Unfälle hinterläßt keinen Schaden. Noch nicht ganz ein Viertel aller Unfallverletzten fällt den Berufsgenossenschaften zur Last; mehr als drei Viertel werden in den ersten 13 Wochen auf Kosten der Krankenkassen geheilt. Diese Last den Klassen abzunehmen, ist ja bisher leider nicht gelungen. Wenn da behauptet wird, die Berufsgenossenschaften würden nicht so schnell Hilfe gewähren, als nötig, so ist dies ja richtig. Bei vielen Berufsgenossenschaften geht die Erledigung bekanntlich so langsam, daß sie nach Ablauf der 13 Wochen sich noch nicht über die von ihnen zu gewährende Entschädigung schlüssig gemacht haben. Einer gesetzlichen Regelung in der Richtung, daß der Verletzte seinen Anspruch an die schnell zu erreichende Krankenkasse behält, dieser aber ein Regressanspruch an die Berufsgenossenschaft gegeben wird, steht nichts im Wege.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Am 3. Juli ist an alle Zahlstellen ein Zirkular versandt worden. Sollte dasselbe in einer Zahlstelle nicht eingetroffen sein, so bitten wir um diesbezügliche Mitteilung.

Das Kaiserliche Statistische Amt beabsichtigt eine Zusammenstellung der gegenwärtig zwischen Arbeitgebern und Arbeitern für ganze Gewerbe (an einzelnen Plätzen oder für größere Bezirke) bestehenden Tarifverträge zu veranstalten und bittet die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeiterkreise, ihm die in ihrem Gewerbe bestehenden Tarife in einem Exemplar einsenden zu wollen.

Aus vorstehendem Ansat ersuchen wir die Lokalverwaltungen derjenigen Zahlstellen, in welchen Tarifverträge mit den Arbeitgebern abgeschlossen wurden und gegenwärtig in Geltung sind, halbmöglichst zwei Exemplare dieser Verträge zur Weiterbeförderung an das Statistische Amt an uns einzusenden.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 1406 Ebuard Hellwig, geb. 13. 11. 70 zu Berlin.
- 7277 Otto Jorisch, geb. 30. 5. 76 zu Berlin.
- 11688 Franz Wittwer, geb. 3. 5. 79 zu Frankfurt a. d. O.
- 16311 Max Holzgüter, geb. 25. 8. 78 zu Snowrazlaw.
- 65914 Stanislaus Walloch, Tischler, geb. 18. 5. 78 zu Kobzens.
- 112732 Gustav Schönrod, Tischler, geb. 22. 9. 62 zu Selchow.
- 116272 Ernst Beutert, Tischler, geb. 25. 9. 79 zu Rahn.
- 120911 Wlth. Breunung, Tischler, geb. 15. 7. 78, Margarethenheim.
- 148105 Gustav Guittas, geb. 3. 4. 59 zu Bahnhof-Bursdorf.

Stuttgart, den 4. Juli 1903.

Der Verbandsvorstand.

Dringende Warnung.

Der Bundesauschuß der deutschen und österr.-ungarischen Sozialdemokraten in der Schweiz erläßt ein Ausschreiben gegen den Drechsler Gustav Riep aus Potsdam, welcher als Präsident des Arbeiterbildungsbereichs Solothurn Unterschlagungen begangen hat. Riep hat auch bei uns in Deutschland seit länger als zehn Jahren in verschiedenen Zahlstellen mehrfachen Betrug und Schwindel verübt, weshalb wir, da er sich jetzt wieder in Deutschland befinden soll, dringend vor ihm warnen. Angeblich ist R. noch im Besitz eines Mitgliedsbuches des Deutschen Holzarbeiterverbandes, welches wir ersuchen, ihm wenn möglich, abzunehmen. In keinem Falle darf demselben Reiseunterstützung gezahlt oder er gar als Mitglied in einer Zahlstelle aufgenommen werden.

Johann Michels, Schreiner, kann seine Papiere nebst Almanach, die er in Stuttgart verloren hat, bei uns abfordern.

Der Verbandsvorstand.
Stuttgart, Furtbachstraße 16.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

18. Gau. Vorort Stuttgart.

Vergangene Woche hatten wir an sämtliche Zahlstellen ein Zirkular versandt, in welchem wir auf die neuen Unfallverhütungsvorschriften der „Südwestdeutschen Holz-

berufsgenossenschaft“ aufmerksam machten. Wir sind nun in der Lage, den Zahlstellen nicht nur die Nr. 103 der „Schwab. Tagw.“, sondern auch ein Exemplar obiger Vorschriften zu zustellen.
J. A.: G. Haub.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Augsburg. (Sektion der Modell- und Fabrik-schreiner.) Nachdem die Nürnberger Kollegen mit der Veröffentlichung ihrer Arbeitsverhältnisse auf Grund ihrer Statistik vorangingen, wollen auch wir zur besseren Kenntnis unserer Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Städten beitragen. Es wäre auch von ganz besonderer Bedeutung, wenn sich sämtliche Sektionen entschließen würden, ihre diesbezüglichen Erhebungen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen. Nach jahrelangem Bemühen ist es uns im Januar 1902 (mit Hilfe der Unternehmer) gelungen, die hiesigen Modellschreiner für die Organisation zu interessieren und somit eine Sektion der Modell- und Fabrik-schreiner ins Leben zu rufen. Das Ergebnis der statistischen Erhebungen, welche wir im Laufe des Sommers 1902 vornehmen, ist, soweit es sich durch Werkstattfragebogen erheben ließ, folgendes: Beschäftigt sind in Augsburg und Vororten ungefähr 161 Kollegen in neun Werkstätten; davon sind 133 verheiratet und haben circa 175 Kinder unter 14 Jahren. Weiter sind beschäftigt 28 Ledige, 31 Hilfsarbeiter und 14 Lehrlinge. Die Arbeitszeit ist noch sehr unregelmäßig; dieselbe beträgt 58 und 59 Stunden in je einer, 60 Stunden in 4, 60 1/2, 61 1/2 und 65 Stunden in je einer Werkstätte pro Woche. Der Tagelohn variiert zwischen M 2.20 und M 5, und haben wir einen Durchschnittslohn von M 4.15 zu verzeichnen, was jedenfalls sehr niedrig genannt werden muß. Leider haben wir auch mit dem Akkordsystem zu rechnen, und wird die Schinderei besonders in den Werkstätten der landwirtschaftlichen Maschinenfabriken auf die Spitze getrieben. Allerdings sind auch einige unserer Kollegen hierbei von Schuld nicht freizusprechen, indem sie sich im Preisdrücken das Menschmögliche bieten lassen. Von 80 Kollegen wurden im Laufe des Sommers 830 Ueberstunden gemacht, und wird hierfür in 5 Werkstätten mehr bezahlt. Organisiert sind von 161 Kollegen 88 im Holzarbeiterverband und ungefähr ebenso viel im Gewerksverein G.-D. Daraus geht hervor, daß es für die Sektion noch sehr viel zu arbeiten gibt. Die hygienischen Verhältnisse in den verschiedenen Werkstätten lassen so ziemlich alles zu wünschen übrig, indem eine Ventilation, wie sie in Holzbearbeitungswerkstätten sein sollte, nirgends vorhanden ist. Was die Wohnungsverhältnisse betrifft, so differieren die Preise zwischen M 150 bis M 200 für eine etwa vierköpfige Familie, bleiben also somit immer noch hinter den Preisen der Großstädte zurück. Unser Hauptfeind ist auch hier, wie anderwärts, daß sich die Kollegen verdammt wenig um ihr eigenes und das Interesse ihrer Familie kümmern; jeder Klimbimverein, und sei er noch so albern, geht der Organisation vor. Kollegen Augsburgs, rafft Euch auf, schließt Euch zusammen, um Eure Lage, die gewiß nicht die rosigste ist, zu verbessern und um die Verschlechterungen, die man Euch jetzt schon munde-gerecht macht, zurückzuweisen. Dazu ist allein nur eine kräftige, gutgeschulte Organisation im Stande.

Durlach. Einen erfreulichen Fortschritt hat unsere Zahlstelle gemacht; sie zählt jetzt nahezu 100 Mitglieder. Wir möchten aber unseren Mitgliedern ans Herz legen, es nicht allein mit dem Beitragszahlen bewenden zu lassen, sondern es sich auch zur Pflicht zu machen, die Mitgliederversammlungen zu besuchen und dort gemeinsame Beratungen über alle uns eng berührenden Interessen zu pflegen. Die Versammlungen finden alle 14 Tage statt, und zwar abwechselnd um 6 und um 8 1/2 Uhr.

Gebweiler. Trotz der Anstrengungen, die wir seit dem dreijährigen Bestehen unserer Zahlstelle gemacht, gelang es uns doch nicht, die Zahl der arbeitsfreudigen Kämpfer zu vermehren resp. die Organisation zu einer kräftigen zu gestalten. Durch die Gleichgültigkeit der Kollegen ist der Ausbeutungslust unserer Unternehmer der weiteste Spielraum gelassen. So beträgt der Lohn bei elfstündiger Arbeitszeit M 2.20—3, und das bei den teuren Lebensmittelpreisen. Der Lohn von M 3 ist beileibe noch nicht einmal in allen Werkstätten zu erreichen. Daß die Organisation der Schreiner den Meistern nicht genehm ist, versteht sich am Rande. Herr Belzung hat mehrfach die Einstellung nur vom Austritt aus dem Holzarbeiterverband abhängig gemacht. „Die Sozialistensprünge leid ich nicht in meiner Werkstatt“, spricht der Herr Stadtrat Belzung, der auch im christlichen Männerverein noch manchmal das große Wort führt. Herr B., der es gewohnt ist, seine Arbeiter unter dem bekannten „Hopp, hopp“ anzutreiben, hat es aber oftmals, wenn die Woche zu Ende, mit dem „Hopp, hopp“ nicht so eilig, er wimmert dann den Arbeitern vor, daß nichts verdient wird, und daß er nicht weiß, wo das Geld hernehmen. Unter solchen Umständen bleibt natürlich ein gut Teil der bei ihm beschäftigten Leute nicht lange. Sie haben das Gefühl, daß Herr B. nicht aus eigener Kraft in so kurzer Zeit seinen Betrieb vergrößern konnte, dies doch wohl nur auf die gezahlten niedrigen Löhne zurückzuführen sein dürfte. Noch schlimmer mit der Organisation als hier, sieht es in der großen mechanischen Möbelfabrik und Kunstschreinerei des Herrn J. J. Graf aus. Diese Fabrik ist unseren Lesern schon bekannt. Die letzten Schilberungen führten zwar zu Mahregelungen von Arbeitern, aber zu keiner Besserung der Arbeitsverhältnisse. In der letzten Zeit hat Herr G. eine Art Prämierung eingeführt. Wer am meisten schafft, erhält einen Preis. Leider sehen die Arbeiter nicht ein, wie sehr sie sich selbst ihre Gesundheit ruinieren, und daß nur der Arbeitgeber von ihrer Unvernunft Vorteile hat. Leider ist diese Einsichtslosigkeit sehr groß, und sehr viele derer, die früher zu den Vorführern unserer Organisation gehörten, verunglückten Mitglieder und Verband. Aber nicht nur in den großen Werkstätten, auch in den kleineren bestehen allerlei Mißstände. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß die hiesigen Kollegen sich aufraffen, und nach Mitteln suchen, um Besserung zu schaffen. Dies Mittel heißt Organisation. Kollegen, hinein in dieselbe.

Wien. Die günstige Geschäftslage veranlaßt die Tischler, am 19. Juni ihren Arbeitgebern folgende Forderungen zu unterbreiten: Die Einführung der 56stündigen Arbeitszeit, einen Lohnzuschlag von 5 % pro Stunde, Minimallohn von 80 % und die Abschaffung der Kündigung. Der Höchstlohn wäre dann auf 35 % pro Stunde gestiegen. Die Innung nahm Stellung zu unserer Forderung in einer extra zu diesem Zweck einberufenen Versammlung. In dieser Versammlung wurde nun unsere Forderung eingehend erörtert und soll, wie uns durch Innungsmeister hinterbracht wurde, auch seitens eines der Arbeitsbewegung sehr nahe stehenden Meisters unsere Forderung als „unverschämte“ bezeichnet worden sein. Ob dieses auf Wahrheit beruht, wird die Zeit noch beweisen und uns Gelegenheit gegeben werden, später auf diese Angelegenheit einzugehen. Es wurde schließlich eine Kommission gewählt, welche mit unserer Kommission unterhandeln sollte und der man die horrenden Bewilligung der Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde pro Woche und ab 1. April 1904 zwei Prozentige Lohnzuschlag pro Stunde auf den Weg übergab. In der Unterhandlung, in welcher auch der Bauvorsteher, Kollege Stusche, zugegen war, gingen unsere Kollegen mit den Forderungen zurück, um den Meistern entgegen zu kommen, die ihren Hungertod vor Augen zu haben glauben, wenn die Gesellen auf ihren Forderungen beharren. Wir verlangten nun 58stündige Arbeitszeit und einen Lohnzuschlag von 3 % pro Stunde. Auch auf Grund dieser Forderungen schien die Einigung nicht zu stande zu kommen und als am Dienstag, den 30. Juni, die Meister nicht bewilligen wollten, traten, nachdem elf Kollegen gleich bewilligt erhielten, am 1. Juli 27 Kollegen in den Ausstand und am Sonnabend, den 4. Juli, waren noch circa 20 Kollegen, bei welchen die Kündigungsfrist abgelaufen war hinzugekommen. Doch schienen sich die Arbeitgeber eines Besseren zu besinnen und es wurden nach abermaligem fünfständigen Unterhandeln die Forderungen bewilligt und der Streik für beendet erklärt, so daß am Montag, den 6. Juli, die Arbeit wieder aufgenommen wird. Am Freitag, den 10. Juli, soll auf Grund der bewilligten Forderungen ein Tarifvertrag seitens beider Kommissionen vereinbart werden, und dürfte ferner die Arbeit wieder in vollem Umfang zur beiderseitigen Zufriedenheit weitergeführt werden. Sätze der Arbeitgeberverbände mit dem Oberscharfmacher Mahardt seine Zwietschacht lände Hand im Spiele gehabt, das heißt, daß die hiesigen Arbeitgeber diesem Herrn in die Hände gefallen, dann dürfte wohl auch hier nicht eine vernünftige Auseinandersetzung und eine endlose Verschleppung dieser Lohnbewegung eingetreten sein, die entschieden hierorts doch nur zum Nachteil der Arbeitgeber ausgefallen wäre. Die Arbeitgeber von Gassel, Neurruppin und anderen Orten, die sich in den Märschen des Reges Mahardt und Konsorten verstrickt, dürften gut tun, diesen Herren den wohlverdienten Ritt zu geben; den besten Beweis dürfte die hiesige Bewegung gegeben haben. Auch die hiesigen Kollegen wollen wir hier ermahnen, pünktlich und Mann für Mann in den Versammlungen zu erscheinen, für die Organisation einzutreten und zu agitieren, bis auch der letzte der sieben uns noch fernstehenden dem Verbands angehöret, ferner daß sie ernstlich bemüht sind, das jetzt Errungene hochzuhalten, dann wird es uns leichter sein, zu gegebener Zeit unseren Mann zu stellen, und sollte einmal der Oberscharfmacher Mahardt seine Zuhörer nach Guben austreten, daß wir dann vermöge einer guten Organisation diesem Herrn beweisen werden, daß an der Festigkeit der Arbeiterchaft sich die Solidarität der Arbeitgeber und damit der wohl jetzt etwas arg mitgenommene Geldsack des Arbeitgeberverbandes erschöpfen wird und die hiesigen Arbeitgeber dann nur den größten Nachteil davontragen würden.

Kelsterbach. Die Girsch-Dunderschen machen nicht mit. In letzter Zeit haben sich in unserem Arbeitsverhältnis eine Reihe Mißstände herausgebildet, die zu Befriedigung aller Wünsche war. Eine Versammlung, zu welcher die Girsch-Dunderschen eingeladen und auch erschienen waren, wählte eine Kommission aus vier Mann, darunter drei vom Holzarbeiterverband und einer vom Gewerksverein. Diese sollten bei der Direktion der Waggonfabrik — um die es sich handelt — vorstellig werden. Aber umsonst. Das gewählte Mitglied vom Gewerksverein verweigerte aber schließlich jede Mitwirkung; ob eine Beeinflussung von dritter Seite kam, wissen wir nicht. Die Geschäftskontunktur ist allerdings nicht günstig; da es sich aber auch um gar keine Forderungen, sondern lediglich um Aufstellung einzelner Mißstände handelte, hätte sehr wohl ein günstiges Resultat erzielt werden können bei gemeinsamem Zusammenwirken. Hoffentlich bringt das Organ der Girsch-Dunderschen, der „Gewerksverein“, auch diesen Beweis von „Solidarität“ seinen Mitgliedern zur öffentlichen Kenntnis. Fast scheint es, daß die Girsch-Dunderschen — wie sich auch im Falle Mehlring-Berlin zeigte — auf dem besten Wege sind, mit der Arbeiterolidarität zu brechen, und ebenso gesinnungslumpig zu werden, als die freisinnigen um Richter, an deren Rücksicht sie sich gegängelt haben.

Nowawes-Neuendorf. Der Streik dauert hier schon sieben Wochen. Zwei Verhandlungen mit uns, die von Seiten der Meister veranlaßt waren, verliefen resultatlos, da letztere eine Verkürzung der Arbeitszeit rundweg ablehnten. Für einzelne Arbeiten eine kleine Preiserhöhung zu bewilligen, waren sie bereit; im Einverständnis mit dem Bauvorsteher Stusche lehnten wir das Angebot ab. Meister Kornelius hat nach dreiwöchigem Streik die 57stündige Arbeitszeit und die geforderte Lohnerhöhung bewilligt. Trotz dem die Meister alles anbieten, um Arbeitswillige zu bekommen, ist der Erfolg gleich Null. Meister Schwager hatte bereits für sich drei Mann auf der Herberge zur Heimat in Berlin angeworben, für ihre Lebensbedürfnisse im Ueberfluß gesorgt und sie auch bis zum Bahnhof Nowawes gebracht, und dann — war er sie los. Das waschsame Auge eines Streikpostens hatte sie bemerkt und sie ihm weggeschmippt. Das ist bitter. Die Erbitterung der Meister gegen die Streikenden, Bedrohungen derselben seitens der Herren kommen schon öfter vor. Hoffentlich wird auch einmal zur Abwechslung der Staatsanwalt gegen sie einschreiten. Daß die Girsch-Dunderschen in diesem Streik, wie auch schon an anderen Orten Streikbrecher wurden, ist nicht weiter verwunderlich. Wird doch sogar in der Holzzeitung Herr Bamberg, der Generalsekretär der Girsch-Dunderschen, als Kronzeuge aufgerufen, daß der Streik ungerichtet sei, und deshalb die Girsch-Dunderschen weiterarbeiten könnten. (Hat dann darüber Herr Bamberg, allein zu entscheiden oder die Gesamtkollegenchaft am Orte? Wären doch die Herren Sekretäre der Girsch-Dunderschen Gewerksvereine nicht hollends jede Richtung aufs Spiel setzen;

war es denn mit Gleichheit im Falle Mehllich noch nicht genug? Red. der „Holzarbeiter-Zeitung.“) Den Streikenden wird in der Holzzeitung aus Herz gelegt, es sei doch besser, die Arbeit aufzunehmen zu den gebotenen Bedingungen: geringe Erhöhung der Akkordpreise, anstatt noch wochenlang mit der viel geringeren Streikunterstützung ihren und ihrer Familien Unterhalt kümmerlich zu bestreiten. Wie menschlich warm doch die Herren Tischlermeister denken!

Sie sollen sich nur um sich selbst um ihrer Familien Unterhalt kümmern; wir halten es mit der uns gezahlten Unterstützung schon noch ein Weilchen aus. Ist es uns doch gelungen, eine ganze Anzahl der am Streik Beteiligten in Berlin und Borsdorf unterzubringen und das trotz des Terrorismus und der schwarzen Liste und trotzdem, daß den Tischlermeistern das Einstellen von Gesellen aus Nowawes verboten ist. Für die am Streik beteiligten Meister werden arbeitswillige Meisterjöhne gesucht; wo sollen sie denn aber herkommen, wenn sich alle Welt um diesen raren Artikel reiht, mit dem allerdings kein Staat zu machen ist, fintermalen die Meisterjöhne in der Regel die stümperhaftesten Tischler sind.

Also es bleibt trotz Bamberg dabei, daß der Streik berechtigt ist, und trotz der Mahnung des Herrn Baull in seinem Leiborgan: die Arbeit aufzunehmen, dabei, der Streik wird fortgesetzt, bis unsere Forderungen bewilligt sind.

Bosen. Der Streik der Bautischler dauert nun schon zehn Wochen, und immer stellen sich die Meister noch auf ihren zu Beginn des Streiks eingenommenen Standpunkt, die Forderung der Gesellen nicht zu bewilligen. Die bürgerliche Presse und die Behörden stehen der Meisterschaft zur Seite und sind bestrebt, nicht nur die Bewegung der Bautischler, sondern auch die gesamte Organisation der Arbeiter am Orte niederzuknicken. Es wird eine künstliche Arbeitslosigkeit im Baugewerbe herbeigeführt, um die Arbeiter zu entmutigen und sie von den Bestrebungen, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, abzubringen. Wie unsere Tischlermeister verraten, sollen circa 40 Baukonsense wieder zurückgezogen worden sein seitens der Baupolizei, nur um unsere werke Meisterschaft nicht in die unangenehme Lage zu bringen, daß sie dem Druck der Bauherren nachgeben, die Tischlerarbeiten liefern müssen, und somit die Tischlergesellen zu ihren gerechtfertigten Forderungen kommen könnten. Unsere bürgerlichen Zeitungen verbreiten öffentlich, daß die städtischen Behörden auf eine Anfrage der Meister geantwortet hätten, sie wollten mit den zur Zeit gebrauchten Tischlerarbeiten warten, bis der Streik zu Ende sei, mit anderen Worten bis die Tischlergesellen niederknietet sein würden. Um Leute zum Einsetzen der Tischlerarbeiten für zwei Gemeindeschulen zu bekommen, soll sich unser Magistrat nach Danzig gewendet haben und bleibt noch das weitere abzuwarten. Nach unserer Auffassung hat eine Stadtverwaltung die Interessen ihrer gesamten Steuerzahler, nicht aber — vorausgesetzt, daß sich die Tatsache bestätigt — ganz einseitig die Interessen einer Klasse, wie hier der Unternehmer, wahrzunehmen. Die aufstrebende Arbeiterbewegung war diesen Herren schon von anfang an ein Dorn im Auge, und auch nicht eine einzige Stimme aus dem Kreise der Bauunternehmer erhebt sich zum Protest gegen die Entziehung so vieler Baufonjense, nur aus dem Grunde, weil sie meinen, die Arbeiter durch die inszenierte Arbeitslosigkeit ihren Organisationen abwendig zu machen und die Herren uns dann Preise diktieren könnten, die ihnen angenehm sind. Aber die Lohnbewegung der Bautischler auf solch eine gewöhnliche Weise abtun zu wollen, wird ihnen nicht gelingen. In einer öffentlichen Protestversammlung hat die gesamte Bauarbeiterchaft zu dem Vorgehen der Baupolizei Stellung genommen, indem sie die Freigabe der bereits erlassenen Baufonjense fordert. Daß die Mittel- und Kleinmeister in der Tischlerei nur Schaden haben, wenn sie sich dem Vorgehen der Scharfmacher anschließen, leuchtet ihnen nun doch schon ein. Verschiedene Meister haben sich unseren Kommissionsmitgliedern gegenüber dahin ausgesprochen, sie hätten gemerkt, daß der Kampf so lange dauern würde, sie wären längst mit uns in Verhandlungen getreten und hätten sich um die Beschlüsse der Meister, welche auf diese Weise das Deutschstum heben wollen, nicht gekümmert. In sechs Werkstellen arbeiten auch schon circa 30 Kollegen zu den neuen Bedingungen und sollen im Laufe der Woche vom Bauvorsteher, Kollegen Dietrich, weitere Verhandlungen mit fünf bis sechs Meistern angeknüpft werden. Hieraus ist ersichtlich, daß unsere Sache nicht schlecht steht. Außer einigen wenigen Nachsolgenden vom Orte, welche pflichtvergessen genug waren, sich zu Streikbrecherdiensten herzugeben, ist es uns immer gelungen, Arbeitswillige von außerhalb abzufrieden. Die Haltung der streikenden Kollegen ist eine vorzügliche, und wird es den Meistern nimmer gelingen, Uneinigkeit in unsere Reihen zu bringen. Wir wollen aushalten bis zum letzten Mann, um einen siegreichen, ehrenhaften Abschluß unseres Streiks herbeizuführen. Kollegen allerorts, verweigert auf das entschiedenste Streikarbeit nach Bosen zu liefern. Haltet nach wie vor Bezug von Tischlern und Maschinenarbeitern fern, und der Kampf um die Besserstellung unserer Lage wird dann nicht zu unseren Ungunsten ausfallen, trotz allen Machenschaften der Unternehmer.

Nachschrift. Laut Telegramm ist der Streik durch Vergleich beendet worden.

Reichenbach i. B. Wir hatten uns erlaubt, den hiesigen Meistern einige beschiedene Forderungen zu unterbreiten, doch geben die Meister darauf gar keine Antwort. Zu einer gemeinschaftlichen Sitzung waren ganze vier Mann erschienen; da bleibt also nichts andres übrig, als einzeln mit den Meistern zu verhandeln. Bewilligt ist in sechs Werkstellen eine etwas kürzere Arbeitszeit, sie differiert aber auch in diesen sechs Werkstellen noch um eine Viertel- oder halbe Stunde. Die Lohnerhöhung beträgt bis zu 5 pSt. In allen übrigen Werkstätten blieb das alte Verhältnis. Ein Kollege wurde entlassen, angeblich, weil er der „Geher“ gewesen sei. Das ungleiche Verhältnis in Lohn- und Arbeitszeit soll später ausgeglichen werden, natürlich ist Voraussetzung, daß die Kollegen sich einiger sind als heute. Der Verdienst der Korbmacher beträgt hier bei 73 stündiger Arbeitszeit M 8—16 pro Woche. Die Leute sind so abgestumpft, daß sie überhaupt nicht mehr zu denken vermögen, wie ihre trostlose Lage gebessert werden könnte. Bis heute sind sie allen Vorstellungen gegenüber unempfindlich gewesen. Hoffentlich gelingt es dennoch, einmal Wresche zu legen.

Schwerin. Hier dauert der Streik unverändert fort. Verhandlungen halten die Meister für überflüssig. Wir möchten

nun den hier immer noch zurückenden Kollegen die richtigen Verhältnisse Schwerins klarlegen. Seit den im Jahre 1889 hier seitens der Innung und der Gesellen festgesetzten Arbeits- und Lohnverhältnisse sind bis heute, also nach 18 1/2 Jahren, keine Verbesserungen eingetreten. Es wurde damals bei 60stündiger Arbeitszeit ein Minimallohn von M 15 pro Woche und ein Höchstlohn von M 18 festgelegt. Dann haben sich aber die 13 Jahre hindurch die örtlichen Verhältnisse sehr geändert. Es sind viele für die Arbeiter ins Gewicht fallende Ausgaben entstanden. Lebensmittel und Mietpreise, hauptsächlich letztere, gingen rapid in die Höhe. Anstatt eine Erhöhung der Löhne sind Lohnabzüge gemacht worden, ohne daß es den Tischlern einfiel, sich dagegen zu wehren. Vor drei Jahren forderten wir einen Minimallohn von 82 % pro Stunde. Leider wurde uns die Genehmigung zum Vorgehen seitens des Hauptvorstandes verweigert. Während wir also zu den niedrigen Löhnen, drei Jahre bis heute, weiterarbeiten, haben die Meister eine Preiserhöhung ihrer Produkte um circa 15 pSt. durchgeführt. Es sind dann einzelne Gesellen an ihre Arbeitgeber herangetreten und haben auch eine kleine Lohnzulage erhalten. Einer dieser Arbeitgeber erklärte bald darauf, daß er allein auch nicht höhere Löhne zahlen könne, die Gesellen sollten allgemein mehr Lohn fordern und Forderungen einreichen, damit die Konkurrenz, welche hier sehr groß ist und von einzelnen Arbeitgebern (welche in der Innung sind) in der schmutzigen Weise betrieben wird, aufhöre. Dies war Anlaß, den Meistern eine geringe Lohnforderung zu unterbreiten. Wir hatten allerdings erwartet, daß alle die Arbeit einmütig einstellen würden, täuschten uns aber darin, denn eine ganze Anzahl Arbeitswilliger blieb stehen. Die Kollegen, welche die Arbeit damals niederlegten, stehen auch heute, nach sieben Wochen, fest und treu zusammen. Neue Streikbrecher haben wir nicht zu bezeichnen; außer den oben erwähnten Stehengebliebenen arbeiten noch einige frühere Meister, welche sonst als Gelegenheitsarbeiter gehen, und noch einige Meisterjöhne. Also eine Avantgarde von Tischlergesellen, von denen ein der Innung angehörender Meister sagte, „mag es nun ausfallen wie es will, aber sollte der von den Gesellen geforderte Lohn bewilligt werden, bekommen ihn die, die ich jetzt habe n i e, weil sie ihn nicht verdienen.“ Kollegen von außerhalb, meidet Schwerin.

Eingekandt.

Stimmen zur Generalversammlung der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler zc.

Seit Wochen bemühen sich die verschiedenen Zahlstellen und Wahlabteilungen, Stimmung zu machen für Umwandlung der Kasse in eine Zuschußklasse, und immer schreibt man, die Mitglieder haben einstimmig, nach einem Referat von Herrn so und so, beschlossen, die Kasse in eine Zuschußklasse umzuwandeln. Wir sind überzeugt, daß dieses an verschiedenen Orten der Fall war, aber in nur wenigen Orten waren es die Mitglieder, sondern die Verwaltungsbeamten oder Delegierten, und daß diese der Sache nicht immer objektiv gegenüber standen, zeigt beispielsweise der Artikel aus Freiburg i. B., in Nr. 22 des „Holzarbeiter“, vom Schriftführer Stiefvater unterzeichnet. Da wird einfach erklärt, „was die neue Krankentassenabelle fordert, 26 Wochen Krankengeld, und Arzt und Medizin, können wir nicht leisten, daran gehen wir zu Grunde.“ Der Herr Stiefvater, resp. die Ortsverwaltung Freiburg, hat wohl vergessen, daß wir schon lange ein Jahr Unterstützung bezahlen, daß uns also in dieser Beziehung die neue Novelle nichts schadet; man vergißt aber auch oft, daß die Zuschußklasse denselben Referatsfonds haben muß, wie eine Kasse, die dem § 75 entspricht, man vergißt, daß eine Zuschußklasse nur doppelt verscherte Mitglieder hat, und alte Verwaltungsbeamte wissen aus Erfahrung, daß Leute, die genügt oder hoch verschert sind, in schlechten Geschäftsperioden länger krank sind, als solche, die nur aus einer Kasse Unterstützung beziehen; man vergißt ferner, daß wir eine große Zahl Mitglieder haben, die durch ihren Verdienst nicht in der Lage sind, sich doppelt zu versichern. Haben wir nun ein Recht, diesen Mitgliedern den Stuhl vor die Tür zu setzen?

Wenn wir aber andererseits durch die Umwandlung diese Leute zwingen, einer zweiten Klasse beizutreten, dann werden sie auch suchen, sich bei uns schadlos zu halten, und das ihrem Budget reichlich zuführen, was sie uns an Beiträgen geben müssen. Ebenso vergißt man eine große Anzahl alter, guter Mitglieder, die über kurz oder lang vielleicht nimmer erwerbsfähig sind, oder auf andere Art längere Zeit außer Arbeit kommen können; dadurch verlieren sie das Anrecht auf die Cris- oder Betriebskasse und sind im Krankheitsfalle nur in einer Zuschußklasse, müssen dann Arzt und Medizin selbst bezahlen; was dann für sie zum Leben übrig bleibt, das überlassen wir jedem, selbst auszurechnen.

Man hat schon bei verschiedenen Anlässen, auch bei der Generalversammlung in Frankfurt, die Metallarbeiterkasse, die ja bekanntlich schon eine Reihe von Jahren in Zuschußklasse umgewandelt ist, als Muster empfohlen; die Mitglieder oder Delegierten haben aber veräuert, sich nach dem Stand dieser Kasse zu erkundigen, sonst hätten sie ein anderes Bild erhalten.

Der Metallarbeiterkasse fehlen nach ihrer Abrechnung von 1902 auch noch M 98 429,02 zum Referatsfonds. Sie hätte in diesem Jahre einen Ueberfluß von über M 140 000 machen sollen, hat aber nur einen solchen von M 60 000 gemacht. Dabei ist noch die ganze Ausgabe niedriger als in der Tischlerkasse.

Die letzten fünf Jahre zusammen betragen die Ausgaben der Metallarbeiterkasse M 7 029 047, ergibt einen Jahresdurchschnitt von M 1 405 809; bei der Tischlerkasse beträgt die Ausgabe der letzten fünf Jahre M 9 228 413, die

durchschnittliche Jahresausgabe und somit die Höhe des Referendums A 1845 682.

Darans ist ersichtlich, hätte die Metallarbeiterklasse eine so hohe Ausgabe, wie die Tischlerklasse, so würde sich auch der gesetzliche Referendums erhöhen, und es fehlte ihr dann wohl derselbe Betrag, wie unserer Klasse. Ja, wird man sagen, daran liegt es gerade, an der Ausgabe! Daher rührt ja die Unterbilanz!

Ja, aber die Einnahmen der Metallarbeiterklasse sind auch niedriger, als bei der Tischlerklasse. Bei letzterer A 8758 416, bei der ersteren A 8285 987; daraus ist wohl ersichtlich, daß die Tischlerklasse noch nicht viel näher an ihrem Referendums ist, als unsere Klasse, die dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügt. Beide werden, wenn günstigere Geschäftsperioden eintreten, bald, sogar mit den jetzigen Beiträgen, dem Gesetz genügen können.

Aus all diesen Gründen haben die Wahlstellen der 37. Abteilung, Mannheim, Feudenheim und Seckenheim, in ihren Versammlungen einstimmig beschlossen, die Klasse, wenn es ohne all zu hohe Opfer möglich ist, wie sie jetzt ist, dem § 75 entsprechend, zu erhalten.

Und es ist möglich; selbst mit den jetzigen Beiträgen wird die Klasse, wenn einigermaßen günstige Geschäftslagen eintreten, ihre gesetzliche Rücklage machen.

Die große Mehrzahl der Mitglieder der 37. Abteilung hat daher beschlossen, die sämtlichen Anträge des Vorstandes auf Beitragserhöhung abzulehnen, dafür aber, um der Aufsichtsbehörde gerecht zu werden, die Extrabeiträge beizubehalten, eventuell noch einen weiteren zu erheben.

Desgleichen stimmen auch die Mitglieder für den Antrag zu § 12 Absatz 2a; hätte man denselben vor zwei Jahren, wo er ähnlich gestellt war, angenommen, er hätte der Klasse ein schönes Stück Geld eingebracht.

Es ist leichter, etwas Bestehendes niederzureißen, als etwas Besseres an seine Stelle zu setzen.

Für die Mitglieder der 37. Abteilung: Carl Walter.

Erklärung!

Die Mitglieder der Ortsverwaltung Bremerhaven, der Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes, erklären hiermit, daß dieselben mit dem vom Kollegen Angelow in Nr. 24 unserer Zeitung gebrachten Artikel nichts gemein haben.

Im Auftrage der Zahlstelle Bremerhaven: R. Berger, Bevollmächtigter.

Erklärung.

Ich nehme die in der in Hamburg erscheinenden „Holzarbeiter-Zeitung“ in Nr. 10 vom 8. März 1903 in bezug auf den Schreinermeister Herrn Joseph Ederl getanen Äußerungen hiermit zurück, nachdem ich mich überzeugt habe, daß ich dieselben nicht aufrecht erhalten kann.

Konstantz, den 1. Juli 1903. Karl Weller.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Achtung, Kollegen! Ueber das Ende der Sperre haben wir schon in vorletzter Nummer kurz berichtet. Hauptächlich waren es Metallarbeiter, welche hier in Betracht kommen. So waren in einigen Fabriken Modell-schreiner und hauptsächlich bei der Firma Kisting & Möllmann auch Tischler und Polierer für Kaffeemühlen gesperrt worden. Es sind augenblicklich noch zirka 300 Arbeiter infolge der Ausperrung nicht wieder eingestellt worden. Darunter Schreiner, Polierer und Drechsler bei der Firma Kisting & Möllmann. Dieses sind hauptsächlich die intelligentesten Arbeiter, welche bei dieser brutalen Ausperrung ihre Pflicht für die Organisation getan haben. Auch verlangt man von den Arbeitern bei dieser Firma einen Nebetanz zu unterschreiben, worin sie ihren Austritt aus der Organisation erklären. Dabei ist diese Firma ungerecht genug, selbst ihren Fabrikantenverein als ihre Organisation für sich in Anspruch zu nehmen. Das nennt man modernes Sklaventum. Trotzdem hier also genug Arbeiter vorhanden sind, die Ausperrung beendet und laut Vereinbarungen des Fabrikantenvereins mit den Arbeitern, die anständigen Arbeiter bei Anstellungen möglichst zu berücksichtigen, sucht trotzdem die Firma Kisting & Möllmann durch Insuperate von auswärtigen Arbeitskräfte heranzuziehen. So wurde schon ein mehrerer Drien telegraphisch bei uns angefragt, wie sich die Sache hier verhält. Im übrigen bitten wir alle Kollegen, wenn sie sich von den von der Firma ausgesandten Agenten anwerben lassen wollen, uns diesbezügliche Mitteilungen zu machen.

In der Waggonfabrik von van der Zypen & Charlier in Köln hat man in letzter Zeit in der Abteilung der Schreiner ein neues Affordhystem eingeführt. Die in Betracht kommenden Arbeiter haben sich in mehreren Besprechungen mit der Sache befaßt und sich schließlich mit dem System einverstanden erklärt. In den Besprechungen kam es selbstredend zu Meinungsverschiedenheiten, und einzelne Arbeiter haben sich ganz energisch gegen das System ausgesprochen. Dieses muß wohl zu Ohren der Firma oder der Meister gekommen sein. Von den Entlassungen, die in der Fabrik in letzter Zeit stattgefunden haben, ist ein großer Teil Leute getroffen worden, die lange Jahre dort gearbeitet, sich aber gegen das neue System ausgesprochen haben. Andere, die nur kurze Zeit dort beschäftigt sind, können weiterarbeiten. Die Arbeiter erblicken hierin eine Maßregelung und bitten die Schreiner, den Zugang nach der Fabrik fernzuhalten.

Der Tischlerstreik in Triest ist beendet. Bewilligt wurde teils die 9 1/2, teils die 9 stündige Arbeitszeit. In bezug auf die Löhne hat sich nichts geändert, nur für Ueberstunden soll es einen Zuschlag geben. Der Streik dauerte acht Wochen.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die feindlichen Innungsbrüder haben sich vertragen. Bisher bestand neben der Zwangsinnung der Tischlermeister aus Berlin noch ein Tischlermeisterverein „Reform“, in

welchem sich ausgesprochene Gegner des Innungsbrunnels befanden; u. a. waren unter ihnen der ehemalige Streikleiter Rödel und der feinerzeit unter dem Ausnahmegesetz aus Berlin ausgewiesene Tischlermeister Beege.

Da die im Verein „Reform“ nebenbei organisierten Innungsmittglieder bei den Wahlen zum Innungsvorstand oder als Delegierte der Innungsversammlungen gar nicht berücksichtigt, d. h. nicht gewählt wurden, weil ihre Anschauungen über den Innungsbrunnels denen des Obermeisters Nahardt und dessen Anhang diametral gegenüber standen, die Wahlhandlungen auch nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprachen, hatte Meister Rödel gegen die am 12. Januar 1903 vorgenommene Delegiertenwahl Protest bei der Gewerbebeputation des Berliner Magistrats, der Aufsichtsbörde der Berliner Innungen, eingelegt. Die Gewerbebeputation hatte die Wahl der 57 Delegierten für ungültig erklärt und eine Neuwahl angeordnet.

Die von Nahardt hatten wohl eingesehen, daß mit Rödel und Genossen nicht gut Rischen essen ist und sie beschlossen daher, Beschwerde gegen die Entscheidung der Gewerbebeputation nicht zu führen, sondern unerbittlich die Neuwahl vorzubereiten.

Wie es scheint, haben sich die Meister Rödel, Beege, Borjuschy breit schlagen lassen und sind dem Obermeister Nahardt, der ihnen jedenfalls Honig um den Bart geschmiert hat, in das Netz gegangen. E. K. (E. Nahardt) berichtet nämlich freudestrahelnd, daß nun eine Wandlung in der Organisation der Holzindustrie vor sich gehe, die mit Genugtuung zu begrüßen sei und die besten Früchte tragen werde und müsse.

In einem Aufrufe „An die Tischlermeister Berlins“ wird dann mitgeteilt, daß ein unterzeichnetes Komitee, zusammengesetzt aus Vertretern sämtlicher Vereinigungen der Berliner Tischlermeister, den Versuch nicht gescheut habe, die bei den Delegiertenwahlen bisher zum Ausdruck gekommenen Gegensätze und Schärpen durch gemeinschaftliche Aufstellung einer Kandidatenliste zu beseitigen.

Unter dem Namen des Wahlkomitees der Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie befinden sich auch die der Herren Heinr. Beege und Gustav Rödel.

Die Wahlen haben bereits am 6. Juli stattgefunden; wir werden sehen, ob die Hoffnungen Nahardts in Erfüllung gehen.

Der Gräfliche Holzarbeiterverband veröffentlicht in der letzten Nummer des „Deutschen Holzarbeiter“ die Abrechnung vom 1. Quartal dieses Jahres. Er hat in 91 Zahlstellen eine Gesamteinnahme von M. 8124,46; die Gesamtausgabe bezifferte sich auf M. 2243,40. Unter den Ausgabenposten befinden sich:

Für Reiseunterstützung	M. 36,—
„ Gemafregelungenunterstützung	„ 12,—
„ Umzugskosten	„ 25,—
„ Arbeitslosenunterstützung	„ 187,—
„ Streikunterstützung	„ 70,—
„ Sterbegeld	„ 20,—
„ Agitation	„ 295,42
„ Druck und Versand des „Deutsch. Holzarb.“	„ 1572,34
„ persönliche Verwaltungskosten	„ 980,—
„ sächliche	„ 831,36
20 pZt. Anteil der Volkskassen	„ 1669,28
Summa	M. 5646,40

In den Zahlstellen befinden sich M. 52,90, in der Hauptkasse M. 11011,37.

Die Zahl der Mitglieder ist nicht angegeben; es ist nur gesagt, daß die Zahl um 350 gegen das 4. Quartal 1902 gestiegen ist. Bei den Zahlstellen, die einen Mitgliederverlust zu beklagen haben, soll „ernstlich Gewissensforschung“ gehalten und in Zukunft besser gearbeitet werden. Ob man fürchtet, daß die verlorenen Mitglieder in Mainz, Herne, Cöln-Schrenfeld rot angehaucht wurden?

Ungünstige Geschäftskonjunktur in der Hornkammfabrikation in Lauterbach im Schwarzwald. Dem Verbandsorgan der Fabrikanten wird mitgeteilt, daß das Haupthindernis für einen gedeihlichen Geschäftsgang in der Steigerung der Hornpreise zu suchen sei. Die Preise steigen weiter infolge dringender Nachfrage aus Nordamerika, wo einige Kammfabriken neu entstanden sind. Das Steigen der Rohmaterialpreise habe auch eine Erhöhung der Kammpreise zur Folge gehabt. Der Export sei unbedeutend, um so größer der Import, zu dessen Abwehr ein kräftiger Zollschutz gefordert wird.

Man sollte doch lieber für den Export günstige Geschäftsverbindungen anzuknüpfen suchen, anstatt das Ausland zu Gegenmaßnahmen zu provozieren.

Die Waggonfabrik-Attiengeellschaft in Raftatt hat nach dem gegebenen Bericht des Direktors auch im verflossenen Jahre schlecht abgekommen. Die Unterbilanz betrug M. 187 412,75. Der Umsatz betrug M. 1 648 312. Die Zahl der Arbeiter durchschnittlich 330. Abgeliefert wurden 33 Eisenbahn-Personenwagen, 43 Eisenbahn-Gepäckwagen und 205 Eisenbahn-Güterwagen. Am Schluß des Geschäftsjahres lagen Aufträge in Höhe von M. 806 677 vor. Ob die Rentabilität des Geschäfts sich in diesem Jahre erhöhen wird, ist noch nicht abzusehen.

Der „eiserne“ Kollege in der Korbmacherei. Zu den vielen Konkurrenten, welche die Korbmachereimeister und deren Gefellen bisher hatten, hat sich ein neuer gestellt, und zwar eine mit großem Erfolg eingeführte Korbflechtmaschine. Das Land, in welchem sie die Handarbeit zu verdrängen beginnt, ist Amerika. In einer amerikanischen wissenschaftlichen Zeitschrift finden sich darüber folgende Ausführungen, die wir der „Korb- und Weidenzeitung“ entnehmen:

Es war bisher eine Eigentümlichkeit der amerikanischen Fruchtindustrie, daß die Korbmacher Schwierigkeiten hatten, die ungewunden Bestellungen der Obstzüchter auszuführen. Diese unangenehme Tatsache war darauf zurückzuführen, daß alle in Amerika gebrauchten Fruchtkörbe durch Handarbeit hergestellt wurden.

Im Jahre 1894 wurde von Mr. Emmet Horton eine Maschine erfunden, als der erste praktische Apparat, um Körbe auf mechanischem Wege herzustellen. Horton begnügte sich jedoch nicht mit der Erfindung einer einfachen Arbeitserparnis. Indem er seine Arbeit fortsetzte, schuf er Verbesserungen, vereinfachte die komplizierte Konstruktion, ver-

mehrte die Leistung und zuletzt brachte er eine Maschine hervor, welche in einer Stunde mehr Körbe produzieren konnte, als 12 geschickte Korbmacher mit dem alten System.

Wenn man bedenkt, daß der Betrieb der Maschine weniger kostet als der Lohn für einen einzelnen Arbeiter, daß die Körbe so schnell hergestellt werden, als man Zeit zum Zählen braucht und daß dieselben besser und stärker sind, als die durch Handarbeit hergestellten, so liegt der dadurch erzielte industrielle Nutzen klar zu Tage.

Später hatte sich Mr. Horton mit Ottmar Mergenthaler assoziiert dessen Name für immer mit der berühmten Setzmaschine verbunden ist. Diese zwei Erfinder verfertigten dann diese Maschinen, welche jetzt von der Mergenthaler-Horton Basket Machine Company in Newyork, 287 Broadway, hergestellt werden.

Die erste dieser Maschinen ist eine Beerenkorbmachmaschine, die zweite stellt Traubenkörbe her. Die letztere ist in stande, in einem Tage 1000 Stück fertige Körbe zu produzieren. Eine einzige Beerenkorbmachmaschine kann 2000 Körbe in einem Tage, oder mit anderen Worten 20 Körbe in einer Minute machen. Wenn man bedenkt, daß jährlich 2 000 000 000 Körbe gebraucht werden, um die Trauben, Weeren und Pfirsiche der amerikanischen Farmer und Fruchtzüchter aufzunehmen, so kann man sich einen Begriff machen von der enormen Arbeitserparnis dieser Maschinen, aber auch von der Zahl der überflüssig gewordenen Handarbeiter der Korbindustrie.

In einer französischen Korbmacherzeitung soll nach der „Korb- und Weidenzeitung“ die Abbildung einer von Arno Scherzeled in Oshaz erfundenen Korbflechtmaschine enthalten sein.

Selbstverständlich wird durch die Erfindung dieser Maschinen die Heimarbeit in der Korbmacherei, soweit es sich um Kunstflechtarbeiten, wie in Oberfranken und Koburg, handelt, nicht berührt. Das Elend in dieser Gegend bleibt zum Vorteil der großen Verleger bestehen; wird vielleicht noch größer, wenn die überflüssig gewordenen Korbmacher der Reihe, Wäsche- und Fruchtkorbfabrikation ihre Konkurrenten werden.

Die österreichische Musikinstrumenten-Industrie und der deutsche Zolltarif. Mit banger Sorge sehen die Heimarbeiter der obigen Industrie dem Abschluß des deutschen Zolltarifs entgegen. „Freie Worte“ in Brodau, eine österreichische Arbeiterzeitung, schreibt dazu:

Als der neue Zolltarif des Deutschen Reiches im Sommer 1901 veröffentlicht wurde, begegnete man in der österreichischen Publizistik vielfach der Anschauung, daß derselbe seine Spitze bloß gegen unsere Landwirtschaft richte, während die österreichische Industrie kaum zu Besorgnissen Anlaß gegeben hätte, und man gab sich allgemein der Hoffnung hin, daß der deutsche Reichstag die prohibitiven Zollpositionen verwerfen und die Reichsregierung sich zur Zurückziehung des Entwurfes genötigt sehen würde. Welche bittere Enttäuschung uns die späteren Ereignisse bereiten, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden, da dieselben noch in frischer Erinnerung aller interessierten Kreise sind. Wir stehen einem Zolltarif gegenüber, dessen prohibitiver Charakter uns mit brutaler Deutlichkeit vor allem die Gefahr zeigt, welche dem Bestande der auf den Export nach Deutschland angewiesenen Industriezweige droht. Eine Industrie, von welcher dies ganz besonders gilt, ist die Musikinstrumentenerzeugung in den unmittelbar an Sachjen grenzenden Bezirken Graslitz und Schönbach. Sie ist die einzige exportfähige Industrie der dortigen Gegend, und die Erhaltung des deutschen Marktes ist für sie geradezu eine Lebensfrage, denn wenn ihr dieser verschlossen wird, und sie auf den weit geringeren Export nach anderen Ländern, beziehungsweise auf den Absatz im Inlande beschränkt werden sollte, wäre ihre Existenz vernichtet. Diese traurige Perspektive eröffnet sich aber dem genannten Industriezweige angesichts der im deutschen Zolltarif für die Einfuhr von Musik-Blasinstrumenten vorgesehenen Erhöhung des Eingangszolles von M. 20 auf M. 35 für 100 Kilogramm und von M. 5 auf M. 35 pro 100 Kilogramm für Streichinstrumenten-Bestandteile, während in unserem neuen Zolltarif der Eingangszoll für die gleichen Erzeugnisse mit 24 Kronen festgesetzt ist. Diese Differenz erhöht sich noch bedeutend zu unseren Ungunsten, wenn wir in Betracht ziehen, um wie viel schwieriger unsere Produktionsverhältnisse sind als die deutschen. Wenn nun der deutschen Konkurrenz noch ein niedrigerer Eingangszoll in Oesterreich zu statten kommen sollte, so wäre dadurch nicht allein unser Export unmöglich, sondern sogar der deutschen Einfuhr nach Oesterreich der Weg geebnet und auf diese Weise unsere mühsam emporgebrachte Musikinstrumentenerzeugung dem Ruin preisgegeben.

Ueber die Lage der Holzindustrie in Bozen (Tirol) berichtet die dortige Handelskammer: Bei der Holzstoff- und Wappenerzeugung, für welche die gegenwärtige Konjunktur äußerst ungünstig ist, wurde nach Zulass des geringen Wasserstandes hauptsächlich zur Erhaltung des Arbeiterstandes nur Borrat gearbeitet. Die Bauwirtschaft klagt über die schlechte Geschäftslage im Baugeschäft, die eine Einschränkung des Betriebes und eine Reduktion des Personals um 40 pZt. zur Folge hatte. Die Lage dieser Branche wird hauptsächlich durch starkes Unterbieten seitens Wiener Holzbearbeitungsfirmen sowie dadurch beeinträchtigt, daß die Baumeister bei Uebernahme von Bauten auch unbefugterweise die Bauwirtschaftlerarbeiten durch ihr Personal ausführen lassen. Die Möbelfabrikation leidet unter dem stetigen Anwachsen der Möbelhandlungen; die im letzten Herbst anhaltend gute Saison schwand zu Beginn dieses Jahres fast vollständig, und wurde größtenteils auf Lager gearbeitet.

Gewerkschaftliches.

Der Kirch-Dummersche Gewerbevereinsführer Feltgabel in Magdeburg hat treu und brav für den national-liberalen Kandidaten Hübner Propaganda gemacht. Dieser Mann hat unter der Assistenten von Feltgabel in einer Magdeburger Versammlung erklärt, die drei Millionen Sozialdemokraten seien Gefindel, und es sei eine Schmach, daß sich diese Maden im Deutschen Reich nähren könnten. Ein Gewerkschaftsführer kann es mit seiner Ehre und

mit seinem Prinzip vereinbaren, für einen Beschimpfer der Arbeiterklasse Stimmen zu werben, für eine Partei, die feinerzeit für die Erdrosselung des Koalitionsrechts eingetreten ist, für ein Recht, ohne das auch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften bestehen können. Wir wollen die Neutralität der Gewerkschaften nicht so aufgefaßt haben, daß sich dieselben überhaupt nicht um parteipolitische Angelegenheiten bekümmern sollen, aber für der Gewerkschaftsbewegung feindlich gegenüberstehende Kandidaten Propaganda unter den Gewerkschaftsmitgliedern zu machen, das ist unerhört, das ist Verrat der Arbeiterinteressen.

Der Verband der Wäcker hielt seine neunte Generalversammlung in der Zeit vom 18. bis zum 23. Mai in Dresden ab. 25 Delegierte und einige Vertreter des Vorstandes und Ausschusses waren anwesend. Anträge auf Erhöhung des Beitrages und Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung wurden abgelehnt. In der Berichterstattung über Streiks und Lohnbewegung wurde hervorgehoben, daß die von den Innungen errichtete Zentralstelle für Arbeitslosenunterstützung sich zu einem vollendeten Streikbrecherverband und Maßregelungsbureau herausgebildet habe. Die Streiks würden in Zukunft größere Opfer erfordern. Die Wäcker haben besonders um die Durchführung einer 36stündigen wöchentlichen Ruhezeit, der 10stündigen Arbeitszeit, Abschaffung der Nachtarbeit und Beseitigung von Kost und Logis beim Meister zu kämpfen. Der Vorstand wurde beauftragt, die Generalkommission zu ersuchen, in Ostpreußen einen besoldeten Beamten anzustellen, damit dort eine bessere Agitation unter den gewerblichen Arbeitern entfaltet werde. Ferner soll an die Generalkommission der Antrag gerichtet werden, auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses zu setzen: Die Schädlichkeit des Kost- und Logiswessens beim Arbeitgeber für die Gewerkschaften.

Der vierte österreichische Gewerkschaftskongress tagte vom 8. bis 12. Juni in Wien. Die österreichische Gewerkschaftsbewegung hat, ebenso wie die deutsche, in ihren Jugendjahren ungemene Schwierigkeiten zu überwinden gehabt; gleich wie in Deutschland, so wurde auch in Oesterreich die Gewerkschaftsbewegung durch Ausnahmegesetze verfolgt und blindwütig zerstört. Erst in den Jahren 1889—1891 begann von neuem der Aufbau moderner Gewerkschaften, aber jeder Schritt nach vorwärts konnte erst nach bitterem aufreibendem Kampfe getan werden. Der Gewerkschaftskongress zu Weihnachten 1893 schuf einen ersten sehr weiten und elastischen Rahmen einer Gesamtorganisation. Dieser gehörten damals isolierte, über das ganze Reich zerstreute Fachvereine mit zusammen rund 32 000 Mitgliedern an. Heute, nach noch nicht zehn Jahren, sind auf dem Kongress rund 160 000 organisierte Arbeiter vertreten, deren Hauptmasse in 47 Zentralvereinen zusammengefaßt ist. Dieselben verfügen über ein Jahresbudget von mehr als 2 1/2 Millionen Kronen und über ein Gesamtvermögen von rund 3 1/2 Millionen Kronen. Ihre oberste Instanz ist die Gewerkschaftskommission (entsprechend unserer deutschen Generalkommission); sie haben ihre Landessekretariate, ihr Vertrauensmännereis und ihre vielgestaltige, vielsprachige, in rund 150 000 Exemplaren verbreitete Gewerkschaftspressse.

An den Verhandlungen nahmen teil 195 Delegierte, die insgesamt 88 212 Mitglieder vertraten.

Die Debatten des ersten Tages wurden ausgefüllt mit den Differenzen, die zwischen dem Verband der Metallarbeiter und dem Reichsverein der Gießereiarbeiter schweben. Im Jahre 1896 wurde der Beschluß gefaßt, die bestehenden Verbände der Metallbranche in einem Industrieverband zu vereinigen. Dieser Verband besteht jetzt unter dem Namen „Oesterreichischer Metallarbeiter-Verband“. Die Gießereiarbeiter haben sich den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse nicht gefügt und überall Sondervereinigungen gegründet bzw. einen Reichsverein der Gießereiarbeiter gebildet. Die Verhandlungen, bei denen die Gewerkschaftskommission die Vermittlerrolle gespielt, haben zu einer Verständigung nicht geführt, und so ist der Ausschluß der Gießereiarbeiter-Organisation aus dem allgemeinen Gewerkschaftsbund erfolgt. Dieser Ausschluß wurde vom Kongress in namentlicher Abstimmung mit 77 139 gegen 8659 Stimmen gutgeheißen. Die Vertreter der Gießereiarbeiter erklärten schließlich, zu neuen Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband bereit zu sein.

Der zweite Verhandlungstag begann mit einem Bericht von Smilka über die Tätigkeit des „Ständigen Arbeitsbeirats“. Diese vom Handelsministerium geschaffene Korporation besteht aus Vertretern der Regierung, der Unternehmer und der Arbeiter. Im Laufe der Berichtperiode sind Untersuchungen angestellt worden über die Heimarbeit, sodann über die Lage des Schuhmachergewerbes. Beschlossen wurde, die Verhältnisse der Bergarbeiter im Ostrauer Revier statistisch festzustellen. Dieser Aufgabe wurden seitens der Unternehmer große Schwierigkeiten entgegengestellt. Zunächst verlangten die Kohlenbarone dieses Reviers, daß die Untersuchungen sich auf alle Gewerbe im Revier beziehen müßten. Ferner behaupteten sie in einer Eingabe, daß der Beirat kein Verständnis für die Bergbauischen Interessen habe. Hiergegen mußte die Regierung, die diese Körperschaft selbst geschaffen, protestieren, und so kamen die Erhebungen in Gang; es wurden 30 000 Bergleute persönlich vernommen, das Material ist aber noch nicht veröffentlicht. Der Beirat befaßte sich auch mit der Regelung der Arbeitsvermittlung. Die Anträge der Arbeitervertreter, daß die Arbeiter die Vermittlung allein besorgen, daß die Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften nicht beschränkt und daß die gewerksmäßige Stellenvermittlung vollständig beseitigt werde, wurden zwar nicht angenommen, aber der Arbeitsbeirat hat doch mehrere Bestimmungen getroffen, die die größten Auswüchse der privaten Stellenvermittlung zu beseitigen geeignet sind. Den paritätischen Arbeitsnachweiser müssen Streiks sofort gemeldet werden. Der so zu stande gekommene Entwurf hat noch keine Gesetzeskraft erlangt. Der Arbeitsbeirat hat ferner Gutachten abzugeben gehabt über Arbeiterwohnungen, über Arbeitslöhne, Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Ferner hat er mitgewirkt bei Gesetzesentwürfen betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung; besonders handelte es sich um Regelung der Lehrlingsfrage. Schließlich hat der Beirat eine Arbeitslosen-Statistik vorbereitet. Der Bericht-

erstatter schließt: Wenn auch Positives durch den Arbeitsbeirat noch nicht erreicht sei, so sei es doch Pflicht der Arbeitervertreter, darin auszuharren und mitzuarbeiten, namentlich solange die Sozialdemokratie im Parlament noch so wenig vertreten sei wie bisher.

Es wurde dann berichtet über die Unfallverhütungskommission und den Wasserstrahlenbeirat, in welchen Körperschaften auch die Arbeiter vertreten sind und bemüht waren, günstige Arbeitsbedingungen für die bei dem Bau dieser Wasserstrahlen zu beschäftigten Arbeiter durchzusetzen.

Ferner wurde ein Antrag angenommen, welcher die Einbeziehung des ganzen Kleingewerbes unter das Unfallversicherungsgesetz verlangt. Ferner wurde beschloffen, die vollständige Sonntagsruhe im Warenhandel zu verlangen. Schließlich wird die Gewerkschaftskommission und die sozialistische Parteileitung beauftragt, eine Novelle zur Gewerbeordnung auszuarbeiten, die einen umfassenden Arbeiterchutz enthält.

Ueber „Agitation und Organisation“ sprach Hueber. Von besonderem Interesse ist die Organisation der jugendlichen Arbeiter. Es sind dies Wehrlingsvereinigungen, die namentlich die Aufgabe haben, für Fortbildung der Lehrlinge und den Wehrlingschutz zu sorgen. Der Wiener Verein hat 10 Ortsgruppen und 3 Zahlstellen. Auch in der Provinz bestehen solche Jugendvereine und sind dieselben zu einem Reichsverein verschmolzen worden. Der Verband gibt ein Blatt heraus, „Der jugendliche Arbeiter“, eine kleine, aber gut geleitete Zeitung. Die Mainnummer derselben ist in 5000 Exemplaren erschienen. Der Kongress nahm eine Resolution an, in welcher die Gewerkschaften sich verpflichten, die Vereine der Jugendlichen zu unterstützen. Sodann gelangte eine Anzahl Anträge zur Annahme, welche sich auf das Organisationsstatut beziehen. Danach sollen einer rascheren Verschmelzung der kleinen Branchenorganisationen mit den Zentralverbänden die Wege geebnet werden. Auch wird ein Antrag angenommen, welcher bestimmt, daß Neugründungen von Gewerkschaftsblättern nur mit Genehmigung der Gewerkschaftskommission vorgenommen werden dürfen.

Hierauf wurde zu Gunsten des vom Eisenbahnministerium wie auch von den Privat-Eisenbahngesellschaften verfolgten Eisenbahnarbeiterverbandes eine Protestresolution angenommen, in welcher das Vorgehen der Regierung verurteilt und den Eisenbahnern die Sympathie des Gewerkschaftskongresses ausgesprochen wird. Die Straßenbahnbediensteten von Wien sind von der christlichsozialen städtischen Verwaltung unter der Führung Quegers fast noch größeren Verfolgungen ausgesetzt, als die staatlichen Eisenbahnarbeiter. Es ist denselben ein „Gelöbnis“ abgepreßt worden, durch welches sie erklären müssen, daß sie nicht Mitglied der sozialdemokratischen Organisation sind. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher der Kongress dieses Attentat auf die Bewegungsfreiheit der Straßenbahnbediensteten mit Entrüstung zurückweist und die Hoffnung ausspricht, daß sich die Wiener Straßenbahner dadurch nicht abhalten lassen, ihr gesetzlich gewährleistetes Recht zu vertreten und ihre Pflicht in ihrem eigenen Interesse zu erfüllen.

Es folgten dann Reserate über Zolltarif und Handelsverträge und über Kontum- und Wirtschaftsgenossenschaften. Entsprechende Resolutionen gelangten zur Annahme.

Zu dem Punkt: „Alters- und Invalidenversicherung“ fand eine Resolution Annahme, in der es heißt, daß der Gewerkschaftskongress eine ernste Mahnung an die Regierung richte, ihre Pflicht gegen die alten invaliden Arbeiter zu erfüllen. Der Zustand, daß die Invaliden, Witwen und Waisen der unzureichenden Armenversorgung anheimfallen, müsse aufhören. Es wird verlangt, daß die Regierung ihre Verschleppungspolitik aufgibt und dem Parlament unbestimmlich einen Gesekentwurf vorlegt.

Zu dem Punkt Tarifgemeinschaften wurde eine Resolution angenommen des Sinnes, daß der Abschluß von Tarifgemeinschaften (kollektiver Arbeitsvertrag) geeignet sei, das Wesen der Lohnkämpfe auf eine gesündere Basis zu stellen und unüberlegte Lohnkämpfe zu verhindern. Diese Anträge seien als Beweis aufzufassen, daß es den Arbeiterorganisationen gelungen sei, die Unternehmer zu zwingen, die Arbeiterchaft als einen gleichberechtigten Faktor anzuerkennen. Die Staats-, Landes- und Gemeindebehörden haben bei Vergabung von Arbeiten und beim Abschluß von Lieferungsverträgen auf die tariflichen Vereinbarungen Rücksicht zu nehmen und nur solchen Firmen Aufträge zu erteilen, welche die Verträge gewissenhaft einhalten. Auch die Regelung des Submissionswesens müsse bei Abschluß von Tarifverträgen gefordert werden.

Gefordert werden dann von der Regierung mehr Gewerbegerichte; weiter wird eine Resolution angenommen, wonach sich die Gewerkschaften zur Bekämpfung des Alkoholismus verpflichten. Damit waren die Beratungen zu Ende.

Polizeiliches und Gerichtliches.

In eigener Sache. Wegen Vergehens nach § 153 der R.-G.-O. stand am 6. Juli der Redakteur unserer Zeitung, Kollege A. Köstke, vor den Schranken des Gerichts. Er sollte sich des schweren Verbrechens der Ehrverletzung schuldig gemacht haben. Ließ sich die frühere Rechtsprechung in bezug auf Vergehen nach § 153 der Gewerbeordnung von dem Grundsoß leiten, daß die in genanntem Paragraphen ausgesprochenen Reate, wie Drohungen, Ehrverletzung und Verurserklärung, nur dann begangen werden können, wenn ein mehr oder minder großer Personenkreis vorhanden ist, der sich bedroht, in seiner Ehre verletzt oder sich in Verurser erklärt fühlt; so ist das seit einigen Jahren anders geworden, und noch immer ist die große Auslegungsfähigkeit der Justiz nicht erschöpft, wie der nachfolgende Fall beweist. In Nr. 22 der „Holzarbeiter-Zeitung“ befand sich ein Streikbericht aus B la u e n i. W., in welchem es nach Schilderung der Situation am Schluß heißt: „Ein Hundsfott derjenige, der sich dazu hergibt, seinen Kollegen in den Rücken zu fallen!“ In diesem Schluppsatz erblickte die Staatsanwaltschaft ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung. Der Angeklagte führt aus, der Zweck der ihm eingelangten Notiz sei gewesen, die im Streit stehenden Kollegen zum Ausharren zu ver-

anlassen, sie aufzufordern, der Organisation treu zu bleiben. Seine Zeitung sei obligatorisch für die Verbandsmitglieder angeführt, werde nur von diesen gelesen und komme keinen anderen Holzarbeitern zu Gesicht. Die Notiz wende sich an einen bestimmten im Kampfe befindlichen Personenkreis, von dem noch niemand Streikbrecher geworden sei, und nach dem neuesten ihm zugegangenen Bericht auch niemand daran denke, es zu werden. Im Uebrigen verweise er darauf, daß in der „Fachszeitung“ der Holzindustriellen das gleiche Wort gegenüber einem bestimmten Personenkreis angewendet worden sei, und der Berichtschreiber aus B la u e n, der offenbar auf die „Fachszeitung“ abonniert gewesen sei, habe geglaubt, das, was man in der „Fachszeitung“ gegenüber den Innungsmitgliedern sagen dürfe, sei auch den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes gegenüber in der „Holzarbeiter-Zeitung“ erlaubt. Dieser Ansicht sei auch er, der Angeklagte, gewesen, und deshalb habe er das Wort „Hundsfott“, dessen Bedeutung übrigens undefinierbar sei, aus dem Bericht nicht gestrichen. Der Verteidiger des Angeklagten, Dr. W l i k, legt dem Gericht die Nr. 14 des Organs vor, in dem es in einem Artikel, betitelt: „Die Würfel sind gefallen“ u. a. heißt: „... Einzig und allein die Tischlermeister und Holzindustriellen haben es nun in der Hand, den Sieg in diesem uns aufzuzwingenden Kampfe auf unsere Seite zu neigen, und, um in schwerer Zeit ein Wort aus Preußens glücklicher Vergangenheit anzuwenden — ein Hundsfott jeder Tischlermeister und Präsezeibesitzer, der etwa auch jetzt noch nicht treu und ohne jeglichen Hintergedanken zur Fahne der von ihm selbst gewählten Organisation hält! Nun gilt es, die vorjährige, nur durch übertriebene Humanitätsduselei erlittene Schlappe mit verdoppelter Energiemittzumachen, um so den Agitatoren der Arbeiterorganisation endlich einmal die Zähne zu zeigen und für längere Zeit unseren Betrieben den für sie in der schweren wirtschaftlichen Epoche so nötigen Frieden zu erkämpfen. Da darf kein Tischlermeister oder Präsezeibesitzer sich etwa nach dem bösen Nachbar richten, denn Ehrlose gibt es in jedem Stande, und keine Lohnbewegung wird ausgefochten, ohne daß es auf beiden Seiten Abtrünnige und Verräter gäbe.“ Dieser Artikel sei sechs Wochen vor der inkriminierten Notiz erschienen, in welcher der aus dem Artikel übernommene Ausdruck „Hundsfott“ enthalten war. Der Amtsanwalt meint kurz, es liege eine Ehrverletzung vor, denn der Zweck der Notiz sei gewesen, es solle sich niemand dazu hergeben, abtrünnig zu werden. Er beantrage eine Woche Gefängnis. Der Verteidiger führt demgegenüber aus, daß der Angeklagte sich unmöglich strafbar gemacht haben könne. Auf wen solle sich der Artikel beziehen? Diese Frage sei allein entscheidend. Der Nachweis, daß der Angeklagte Leute habe zwingen wollen, von einer Vereinbarung zurückzutreten, könne nicht erbracht werden, da sich die Notiz nur an die Mitglieder des Verbandes wende. Und diese könnten gar nicht gemeint sein, treil sie streikten. Daß ein Arbeitswilliger die Zeitung gelesen habe, sei nicht nachgewiesen, komme mithin nicht in Betracht, und Kollektivverletzungen könnten doch unmöglich konstruiert werden. Das Gericht hält den Angeklagten für schuldig im Sinne der Anklage und verurteilt ihn zu der gesetzlich zulässigen geringsten Strafe von einem Tage Gefängnis. „Zweifellos sei ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung begangen worden. Die Tendenz der Notiz gehe dahin, andere durch Ehrverletzung zu bestimmen, von einer Vereinbarung zum Zweck besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzutreten. Dies brauche nicht einzeln festgestellt zu werden, es könnten sich unter den Leuten, welche die Notiz zu Gesicht bekommen, Personen befinden, die zum Rücktritt geneigt waren. Der Angeklagte habe nur fahrlässig gehandelt, er hätte den Passus der von ihm nicht verfaßten Notiz herausstreichen können. Aus diesem Grunde sei auf die gelindeste Strafe erkannt.“

Gegen dieses Urteil ist sofort Berufung eingelegt worden, um von einer höheren Instanz feststellen zu lassen, ob in diesem Fall wirklich eine strafbare Ehrverletzung vorliegt.

Entlassung von Gesellen ohne Innehaltung der vierzehntägigen Kündigungsfrist. Zu § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches hat das Gewerbegericht in Nürnberg eine Entscheidung von prinzipieller Wichtigkeit gefällt. Hier war, wie die „Soziale Praxis“ berichtet, ein Schlosser von seiner Firma ohne Innehaltung der vierzehntägigen Kündigungsfrist entlassen worden und hatte wegen dieser widerrechtlichen Entlassung auf Schadenersatz in Höhe des entgangenen Verdienstes geklagt. Am vierten Tage nach der Entlassung war er jedoch erkrankt und im Krankenhaus verpflegt worden. Nachdem das Gericht die Entlassung als widerrechtlich erkannt hatte, entstand nun die Frage, ob er mit Recht eine vierzehntägige Entschädigung verlangen könne oder nur Anspruch habe auf die vier Tage, während deren er arbeitsfähig war. Auf Grund folgender Begründung gelangte das Gericht zu einer Verurteilung der Firma: Der Umstand, daß Kläger vier Tage nach seiner Entlassung krank wurde, müsse bei Berechnung der Schadenersatzsumme außer Ansjah bleiben, da hier § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches Anwendung zu finden habe, wodurch der Lohn für eine ohne Verschulden des Arbeiters eingetretene „verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ der Arbeitsverhinderung aus-zuzahlen ist. Der § 616 ist schon in einer Reihe ähnlicher Fälle zu Gunsten der Arbeiter herangezogen worden.

Briefkasten.

Cöthen, A. O. Soweit uns bekannt, wird nicht mit Leinöl geschliffen, sondern mit Schmalz; ferner wird zum Polieren gebleichtes Leinöl verwendet.

Cöln, J. T. Der von Ihnen besprochene Cölnner Antrag hat bereits, wie ich mich überzeuge, in der Vorlage des Vorstandes zur Generalversammlung ausführliche Würdigung erfahren; Sie können also sicher sein, daß der Antrag zur Besprechung kommt. Eine Wiebergabe erübrigt sich daher. A. R.

G. D. Das Gewerbegericht in St. ist für Sie nicht zuständig, sondern nur das Amtsgericht in dem Orte, wo der Meister wohnt. Legen Sie dort den Brief vor zum Beweise, daß Ihnen Meistgeld versprochen ist und auch ein höherer Lohn als Ihnen gezahlt wurde, und dann müssen Sie abwarten, was danach kommt.

Berufsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Ansbach. Von jetzt ab jeden ersten und dritten Samstag im Monat.

Barmen. Am Samstag, den 18. Juli, Abends 9 Uhr, bei F. Joeren, Brucherstr. 7.

Braunschw. Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werber 82.

Eberfeld. Am Montag, den 18. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Hochstr. 84.

Friedrichshafen. Achtung! Montag, den 18. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn F. Haberland, Wilhelmstr. 38: Dessenzeitung für Holzarbeiter-Versammlung für Tischler, Klavierarbeiter, Drechsler, Stodarbeiter, Stellmacher und Korbmacher.

Geringswalde. Jeden Sonnabend nach dem 15. jedes Monats im „Sächsischen Hof“. Tagesordnung wichtig! Die Ortsverwaltung. Kollegen erwartet! Die Ortsverwaltung.

Nienburg. Sonnabend, den 11. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Gastwirts Fr. Henkel, Hinterstraße.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Aue i. Erzgeb. Reiseunterstützung wird jetzt ausgedehnt. Keiseunterstützung von 12-1 u. Abends von 6-7 Uhr bei Max Grundmann, Mittelstraße 39.

Darmstadt. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei A. Ertling, Viehfrauenstr. 37. Umgehungen verboten.

Oels i. Schl. Vom 1. Juli ab wird bis auf weiteres keine Reiseunterstützung noch Sozialgeschenk ausgezahlt.

Oldehove. Der Arbeitsnachweis befindet sich Seegerstraße 22. Das Umhauen ist verboten. Die Ortsverwaltung.

Strasburg i. E. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß die Herberge sich nach wie vor in der Zentralthorherberge „Bückerherberge“, Alte Kornstraße 1, bei Wwe. Schwab, befindet. Ebenfalls wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Berlin.

Achtung, Holzarbeiter!

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen, Alexanderstraße 31, ist streng zu meiden.

Zentral-Arbeitsnachweis

der Holzarbeiter aller Branchen wie Tischler, Pianofortearbeiter, Drechsler, Stellmacher, Bürstenmacher, Korbmacher, auch für Stodarbeiter, Vermutterarbeiter u. Kammmacher befindet sich **Engel-Meer 15, Gewerkschaftshaus, Zimmer 11.** Dasselbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung und Herberge. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Der Tischler F. Ott, geb. am 4. April 1859 zu Kiel, Buch-Nr. 75 649, ist am Sonntag, 28. Juni, nach Unterschlagung von M. 55,20 einfalliger Verbandsbeiträge flüchtig geworden. Die Kollegen werden hiermit vor dem pp. Ott gewarnt. Die Zahlstelle Geesthacht. J. A.: C. Sowa.

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Sonnabend, den 18. Juli, im festlich geschmückten Saale des „Luisenpark“, Spielgartenstraße.

10jähriges Stiftungsfest

bestehend in Konzert (Anfang Nachm. 4 Uhr), Kinderbeschäftigungen, Theater, Gesangsvorträge und Ball mit zwei Orchestern. Festrede: Kollege Alb. Röske-Hamburg.

Alle Freunde und Kollegen werden hierzu freundlich eingeladen. Ganz besonders werden unsere Einzelmitglieder hierauf aufmerksam gemacht.

Programme à 30 A sind im Bureau, Fackelsberg 5, und bei den Bezirkskassierern zu haben. Das Festkomitee.

Der Tischler Max Pohl, geb. im August 1873 zu Wernau (N.-L.), wird gebeten, seine Adresse seiner besorgten Mutter oder dem Unterzeichneten mitzuteilen.

Reinhold Bogisch, Sant-Wilhelmshaven, Adolfsstr. 26.

Der Tischler Ad. Ströwer, geb. zu Hamburg, wird ersucht, die mitgenommenen Schlüssel abzuliefern.

Bottkemper, Hamburg 22.

Der Drechsler Franz Schröder, zuletzt in Swinemünde, wird wegen einer Gerichtssache um Angabe seiner Adresse ersucht.

Ludwig Mitz, Drechsler, Stettin, Turnerstr. 31, Haus 1.

Wer gibt einem freibaren Tischler Auftrag zum Anfertigen von Möbeln? Offerten unter P. L. 71 an die Exp. d. Zig.

Zwei jüngere Tischler stellen ein **Fritz Bischoff, Bau- u. Möbelfabrikant, Wieda a. Harz.**

Tüchtige Büffeltischler

erhalten lohnende Beschäftigung. **Möbelfabrik Saalfeld, Helmstedt.**

Große Möbelfabrik Thüringens sucht tücht. **Rechnender für Fournier- und weiße Möbel.** Offert. mit Zeugnisabschr. u. Wohnansprüchen unter M. P. 77 an die Expedition d. Bl.

Zwei bis drei tüchtige **Dantischler** erhalten dauernde Arbeit bei gutem Lohn. **L. Köhn, Salzweber.**

Einige tüchtige **Holzraspeler** für Spazierhölde finden dauernde Arbeit bei **Daniel Lorbo, Stodfabrik, Nürnberg.**

Per sofort werden tüchtige **Korbschneider** auf Zurichten, Hobeln und Bohren gesucht. **Alexander Schönemann, Hamburg.**

Tücht. **Korbmacher** für geschlagene Arbeit gegen guten Lohn für dauernd gesucht. **Karl Welss, Jüßeln i. Taunus.**

Ein tüchtiger **Korbmachergehülfe** auf Geschlagen und Stellarbeit findet sofort dauernde und lohnende Beschäftigung bei **F. Wehner, Jena.**

Suche sofort einen tüchtigen **Korbmacher** gesellen auf **Mattarbeit.** **P. Jahn, Korbmacher, Radeburg i. Bbg.**

2-3 **Korbmacher** auf grün Gematt gesucht. **Frau C. Radol, Garbsen b. Seelze.**

Suche sofort einen jungen tüchtigen **Korbmacher** auf Kesselförbe, Zoll 10 A, bei wenig Kostgeld pro Woche. **Otto Busch, Eisleben, Grabenstr. 68/64.**

Einige tüchtige Korbmacher

auf Roharbeit für dauernd gesucht. Erste sächsische Rohstoff-Manufaktur, O. Schlossstein, Heilbrunn a. N.

Korbmacher auf grün Gematt sucht **Franz Thiele, Rommern, Rupperwiehe a. d. O. (Hommern).**

Gesucht per sofort einige tüchtige **Korbmacher** auf Großgeschlagen sowie auf Ein- und Zweidrehselbörbe. **Siberacher Rohwarenfabrik Karl Handmann, Siberach i. Württbg.**

Jüngeren, tüchtigen **Korbmacher** auf Geschlagen stellt sofort ein **Jos. Zoller, Korbflechterei, Söfingen b. Ulm.**

Ein tüchtiger **Bürstenmacher** findet dauernde Beschäftigung bei sofortigem Eintritt. **Bernhard Müller, Karlsruhe-Wühlburg.**

Ein in Baderborn schön gelegener Laden mit großem Schaufenster, in welchem seit Jahren ein Korbwarengeschäft u. Reparaturwerkstatt mit gutem Erfolg betrieben wurde, ist anderweitig sofort zu vermieten. Näheres bei Joh. Borendes, Baderborn, Königsstr. 61.

Kl. Tischlerei für M. 500 veräußert, fast im Zentrum e. Industrie-kreisstadt und an zwei Hauptstraßen gelegen. Offerten unter R. G. 74 an die Exp. d. Zig.

Möbelfabrik-Verkauf.

Eine im vollen Betriebe befindliche **Möbelfabrik** mit Dampftrieb inkl. Grundstück, in Hamburg gelegen, ist Umstände halber sofort billig zu verk. **Off. u. W. 6 Bartelsstr. 94, Hamburg.**

Das einzige **Korbwarengeschäft** in einer feinen Vorstadt von 25 000 Einwohnern soll mit Warenbestand für M. 3000 verkauft werden. Anzahlung M. 1500. Jährlicher Umsatz über M. 6000. Offerten unter P. L. 75 befördert die Expedition dieser Zeitung.

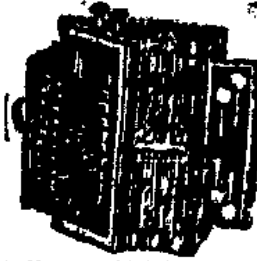
Für Stellmacher.

Eine seit 50 Jahren betr., flottgehende **Stellmacherei** ist weg. Todesfalles sof. zu verkaufen. **Wwe. Meissner, Dessau, Schulstr. 8.**

Genossen! Kauft nur den Bleistift „Solidarität“

von Jean Blas, Stein bei Nürnberg.

Geld verdienen



Kommen Sie, wenn Sie Ihren Bedarf in Harmonika-Columbia-...
offener Kassettenapparat, beher fächstem Kon., Kosten in 24 Hrn. bloß M. 4.50, 8 Hrnige M. 6.--, 4 Hrnige M. 7.50, 6 Hrnige M. 11.50, 8 Hrnige mit 10 Tasten, 4 Hrnige mit 21 Tasten M. 10.--. Mit bester Telemusik-Einstimmung 50 Hrn. mehr, mit 80 Hrn. 80 Hrn. extra. Versand gegen Nachnahme, Porto 80 Pf., Selbstlernschule gratis. Kein Risiko, Austausch oder Geld zurück, wenn unsere Instrumente nicht gut und franco. Bestellen Sie nur bei **Hersfeld & Co., Neuenrade No. 426, Westfalen.** Persönlich größte Harmonikafabrik am Platze.



Umsonst und franko erh. jed. mein. Pracht-Katalog m. ca. 3000 Abbildung, v. Messer, Säge, Senen, Sägen, Feinrohre, Gold- und Silberwaren u. (unentgeltlich f. jed. Haushalt). Empfehlung unübersehener **Silberstahl-Postmesser** mit Stahl zu 2 M., dito **Diamantstahl** 2 M. gegen Nachnahme oder vorherige Kassa. **Fritz Hammesfahr, Fache-Sollingen, Stahlw.-Fabr. u. Versand.**

Feinstes Pflaumenmus

aus erster Hand.
Füßel 80-60 Pfd. Inhalt, pro Lit. M. 14,-
Fässer 100 " " " " 14,-
2/300 " " " " 18,-
Emaille-Eimer 26 Pfd. Inhalt, pro Eid. " 4,50
Postblech-Eimer 9 " " " " 2,-
offeriert ab Magdeburg (unfrankiert) gegen Nachnahme
Herm. Henschke, Magdeburg 12, Fackelsberg 19, Musikfabrik mit elektrischem Betrieb.

Anhaltische Städtische, vom Staate beanspruchte und subventionierte Lehranstalt.

Bauschule — Getrennte Abteilungen für —

Zerbät. • Hochbautechniker u. Steinmetze. • Reifeprüfungen, Regierungskommissar. • Lehrpläne kostenfrei. Der Direktor: Osterbecks, Professor.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 **Fabrik chemischer Produkte.**

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Pollituren (Schellack-Pollituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachttvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Polier-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelauflagen.
- Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franco.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Verlag: A. Röske, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., beide in Hamburg.

Wer übergibt einer Bautischlerei mit Dampf betrieb Fenster und Türen in Arbeit? Offert. unter S. L. 76 an die Exp. d. Zig. erbeten.

Der Praktische Tischler.

Handbuch d. gef. mod. Bau- u. Möbelfabrikation von H. Walde, Zeit. d. Tischlerei u. Bauhandwerk. 600 S. Text, 758 Abbil., 80 Tafeln. 2 farbige. Modelle: Gasometer mit Antrieb einer Fräsmaschine, Alsbek u. Wäpferstrahl. Preis eleg. geb. M. 18. Die „Holzarbeiter-Zig.“ beurteilt das Werk in Nr. 26 vom 29. 6. 02 wie folgt: „Wer sich etwas wirklich Gutes u. Gebiengenes anschaffen, seine Kenntnisse bereichern u. sein Fortkommen fördern will, der kaufe sich das Buch Der Prakt. Tischler.“ **Arthur Gasch, Gewerbe-Buchhdlg., Leipzig, Poniatowskystraße 1 b.**

Meinel & Herold

Harmonika-Fabrik Klingenthal (Sa.) Nr. 108. verwenden unter Garantie streng an die Spieler per Nachnahme ihre vorzüglichsten Harmoniken. **Nur 4 1/2 M.** Kostet eine solche Konz.-Zug-Harm. mit 10 Tasten, 50 Hrn. Stim. (2 Hrnige), Pa. Stahlfederung, off. Claviatur, 8 Hrn. (11 Hrn. weit aussehbarer Paß mit Metall-schrauben, verstellbare Metallbasaklappen, Größe ca. 35 cm, dieselbe Harmonika, 3 echte Register, 3 Hrnige, 70 Stim., prächtiger Orgelton, kostet **nur 6 M.** Selbstlernschule u. Holzstift umsonst hierzu. 2, 3, 4, 6, 8 Hrnige; 2 u. 3 Hrn., sowie sogen. Wiener Harmonikas in Ab. 190 Nr. Paunend billig u. hoch gut. Neuester Catalog (100 Seiten stark m. 200 Abbil.) umsonst. Musikwerke, Violinen, Mundhörn., Bandonions, Zithern billig. Garantie: Zurücknahme und Geld retour. Kein Risiko. Ueber 6000 Dankschreiben.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.

Zelchner, Werkführer, Meister. **Tischler-Fachschule Detmold** Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Südd. Schreiner-Fachschule Nürnberg.

Erfolgreichste Lehrmethode.